

STIBTLE FEWA
WPOSSIBL
TION IMPC
E FEWISSIC

Emission Impossible

Was tun gegen die kapitalistische Klimazerstörung?

inhalt

Zu effizient für diese Welt. Der Kapitalismus hat sich an den Rand der Weltzerstörung produziert – nun liefert die faschistische Rechte die mörderische Ideologie für den Extremismus des Bestehenden. Von *Tomasz Konicz* 5

Wie warm denn noch? Der Klimawandel ist da. Wie er abläuft, was ihn verursacht, und wieso er immer noch geleugnet wird. Von *Juliane Schumacher*..... 0

Wie im Fernlicht. CO₂-Bilanzen und Emissionshandel sind nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Von *Camila Moreno* 0

Die eigene Mast als Schlankheitskur erleben. In den imperialen Zentren sinken die Kohlenstoffemissionen. Doch der Konsum CO₂-intensiver Güter steigt. Von *Alfred Kollmeier*..... 0

Einfach mal am Boden bleiben? Warum Fliegen imperial ist, sich so wenig ändert und wie erste Schritte einer radikalen Transformation aussehen können. Von *Maximilian Becker, Tobias Kalt, Jonas Lage und Anne Siemon*..... 0

Bitte keine Verzichtsdebatten. Eine linke Antwort auf nationale Abschottungspolitik muss die Ausbeutung anderer Länder kritisieren. Von *Samuel Decker* 0

Kämpfe um das globale Thermostat. Eingriffe in das Klimasystem bedeuten mehr Macht für das Militär und bergen geopolitische Risiken. Von *Manuel Kreutle* 0

Aus der Armut gegraben. In Ecuador ist die Linke hin- und hergerissen zwischen dringendem Entwicklungsbedarf und den Folgen des Ressourcenabbaus. Von *Thea Riofrancos* 0

»Der Klimaterror muss blockiert werden«. Patrick Bond über den Zyklon Idai, Anti-Kohle-Kämpfe in Südafrika und die globale Bewegung für Klimagerechtigkeit. Von *Juliane Schumacher*..... 0

Kann ein Green New Deal den Klimawandel aufhalten? Warum die Pläne des linken, ökologischen Flügels der US-Demokraten schlechte Chancen haben. Von *Tomasz Konicz*..... 0

Ein politischer Klimastreik ist möglich. Gewerkschaften haben mehr Möglichkeiten, als ihre Mitglieder zum Ausstempeln aufzufordern. Von *Uwe Fuhrmann*.. 0

Impressum

Herausgeber Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.
 Druck und Verlag ak – analyse & kritik, Rombergstraße 10, 20255 Hamburg.
 Redaktion Jan Ole Arps, Hatip Dicle, Paul Léonard Dziedzic, Jens Renner, Hannah Schultes, Theo Schuster, Guido Speckmann, Nelli Tügel, Maïke Zimmermann.
 V.i.S.d.P. Jan Ole Arps, Verlagsanschrift. Redaktion, Verlag (0 40) 40 17 01 74, Fax (0 40) 40 17 01 75, redaktion@akweb.de. Einzelbestellungen, ak-Abonnement, Vertrieb (0 40) 40 17 01 73, vertrieb@akweb.de. Gestaltung Renate Möller / Auflage 6.000.
 Nachdruck von Artikeln Nach Absprache mit der Redaktion und mit folgendem Hinweis:
 Nachdruck aus »Emission Impossible«, Sonderbeilage zu ak – analyse & kritik, Winter 2019/20.
 Eigentumsvorbehalt Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt wird. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

ak Mehr Infos unter:
www.akweb.de

editorial

Fast täglich hören wir neue Schreckensmeldungen über die nahende ökologische Katastrophe: Auch diesen Sommer wurden wieder Hitzerekorde erreicht, die nicht nur Klimaforscher*innen den Schweiß auf die Stirn treiben. Riesige Waldflächen fallen Bränden zum Opfer oder werden abgeholzt. Mit ihnen verschwinden die wichtigsten CO₂-Speicher der Erde. Zugleich schmelzen die Polkappen, der Meeresspiegel steigt. Auch die arktischen Permafrostböden tauen in atemberaubendem Tempo auf. In vielen Regionen wurden Werte gemessen, die Expert*innen erst für 2090 erwartet hatten.

Der Klimawandel ist da. In nicht mal 200 Jahren hat die kapitalistische Produktionsweise es geschafft, die Welt an den Rand des Kollaps zu wirtschaften. Aus dem Zwang, immer mehr Profit zu erzielen, folgt der Zwang, mehr zu verkaufen, mehr zu produzieren, mehr Ressourcen zu verbrauchen. Ein einziges Mal in den letzten Jahrzehnten konnte das Klima aufatmen: Weil die globale Finanzkrise 2009 die Weltwirtschaft ins Straucheln brachte, ging auch der Ausstoß von Treibhausgasen zurück. Seitdem steigt er wieder.

Der Weltklimarat rechnet mit einer Erderwärmung um 1,5 Grad Celsius bis 2040. Die Folgen: Überschwemmungen, Hungerkatastrophen, Kriege um Wasser. Um das zu verhindern, müssten die Treibhausgase bis 2030 um mehr als 50 Prozent gesenkt werden. Bis 2050 um 100 Prozent. Innerhalb des Kapitalismus ist das nicht erreichbar. Die faschistische Rechte, die den Klimawandel leugnet und zum Kampf gegen Migrat*innen bläst, spricht aus, was die Weiter-so-Politik ohnehin bedeutet: eskalierte Gewalt an all jenen, die vor den Verwüstungen des kapitalgetriebenen Klimawandels fliehen müssen.

Inzwischen mischen sich aber auch anderen Stimmen in die Dis-

kussion. Die Jugendbewegung Fridays For Future fordert von der Politik, den Planeten zu retten. Die Kampagne Ende Gelände blockiert die Braunkohleförderung und wirft so die Frage auf, mit welchen Mitteln die Konfrontation mit den kapitalistischen Klimakillern organisiert werden kann. Währenddessen diskutieren bürgerliche Medien den Kampf gegen den Klimawandel als Frage des individuellen Wohlverhaltens: Soll man Flugreisen teurer machen? Weniger Fleisch essen, öfter mal mit dem Rad zur Arbeit fahren? Solche Überlegungen sind nicht nur hilflos, sie lenken den Blick weg vom eigentlichen Problem: Individuelle Verhaltensänderungen können den Klimawandel nicht aufhalten. Über Klimaschutz nachdenken heißt, die Systemfrage zu stellen.

In diesem ak-Sonderheft nehmen wir diese Zusammenhänge in den Blick und schauen, welche Handlungsoptionen es eigentlich gibt.

Tomasz Konicz zeigt, wie gerade die ungeheuren Produktivitätssteigerungen im Kapitalismus maßgeblich zur Eskalation der ökologischen Krise beitragen. Sie nötigen den Spätkapitalismus dazu, die »effiziente« Verschwendung von Ressourcen und Rohstoffen ins Extrem zu treiben. Steigende CO₂-Emissionen sind die Folge. Juliane Schumacher vermittelt in ihrem Beitrag grundlegendes Wissen über die Erwärmung der Erde: Wie läuft sie ab, wer hat sie verursacht, was sind die Folgen – und wieso wird der Klimawandel noch immer gelehnet?

Camila Moreno und Alfred Kollmeier widmen sich dem Problem der CO₂-Bilanzen. Während Moreno grundsätzlich das CO₂-zentrierte Weltbild kritisiert, das sich einfügt in die Geschichte kapitalistischer Quantifikation, analysiert Kollmeier die Diskussion um die Einführung einer CO₂-Steuer. Er hält eine Bepreisung von Emissionen für ein ungeeignetes Instrument.

Maximilian Becker, Tobias Kalt,

Jonas Lage und Anne Siemons zeigen, warum das Fliegen Teil der imperialen Lebensweise ist und warum moralische Verzichtsappelle zu kurz greifen. Mit den geo- und sicherheitspolitischen Folgen des sogenannten Climate Engineerings beschäftigt sich Manuel Kreutle. Er befürchtet, dass hierdurch die Macht des Militärs wachsen könnte.

Der Globale Süden steht in den folgenden zwei Beiträgen im Mittelpunkt. Thea Riofrancos zeigt, wie die Linke in Ecuador hin- und hergerissen ist zwischen dringendem sozialen Entwicklungsbedarf und den negativen Folgen des Rohstoffabbaus. Der südafrikanische Politikprofessor und Klimaaktivist Patrick Bond spricht im Interview über Anti-Kohle-Kämpfe in Südafrika und die »Klimaschulden« des Globalen Nordens.

Derzeit wird in den USA wieder ein Green New Deal als Mittel gegen den Klimawandel diskutiert. Tomasz Konicz analysiert, warum solche Vorschläge die in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllen, weder die ökologische noch die ökonomische Krise lösen können. Auch in den deutschen Gewerkschaften wird diskutiert, ob und wie man Aktionen wie den Klimastreik von Fridays for Future unterstützen soll. Uwe Fuhrmann hält einen Aufruf zum politischen Generalstreik, der sich für den Erhalt der Lebensgrundlagen der Menschheit einsetzt, auch in Deutschland für möglich – im Unterschied zu den Gewerkschaften selbst.

Die Frage, wie der Klimawandel aufgehalten werden kann, wird uns weiter beschäftigen. Wie es mit den Bewegungen für Klimagerechtigkeit weitergeht, lest ihr in ak. Mit den Beiträgen auf den folgenden Seiten könnt ihr schon mal euch auf den Stand der linken Debatte bringen. Wir wünschen trotz des wenig fröhlichen Themas: viel Spaß beim Lesen.. ●

Eure ak-Redaktion

Zu effizient für diese Welt

Der Kapitalismus hat sich an den Rand der Weltzerstörung produziert – nun liefert die faschistische Rechte die Ideologie für den Extremismus des Bestehenden

Von Tomasz Koniecz

Es gibt eine Maxime politischer Praxis, der linke Bewegungen, Gruppen oder Parteien im 21. Jahrhundert folgen müssten, wenn sie in der gegenwärtigen Umbruchs- und Krisenepoche noch als fortschrittliche gesellschaftliche Kräfte wirken wollen. Der Kapitalismus muss schnellstmöglich in Geschichte überführt werden, das Kapitalverhältnis muss aufgehoben werden. An diesem kategorischen Imperativ hätten sich alle linken Aktionen, alle Taktik, alle Reformvorschläge, alle Strategien zu orientieren. Dies ist kein Radikalismus, sondern das vernünftige, gemäßigte Minimum. Fortschritt kann nur noch jenseits des Kapitals realisiert werden.

Dass das spätkapitalistische Weltsystem im Zerfall begriffen ist, offenbart ein Blick auf die Zusammenbruchsregionen der Peripherie, auf die Fluchtbewegungen, auf die global wachsenden Schuldenberge, auf die munter wachsenden Emissionen von Treibhausgasen. Das Kapital, an die innere Schranke seiner Entwicklungsfähigkeit gelangt, zerbricht an sich selbst – und es droht, die Menschheit mit in den Abgrund zu reißen. Nicht die revolutionäre Beseitigung des kapitalistischen Weltsystems stellt deshalb die historische Herausforderung im 21. Jahrhundert dar, sondern der Kampf um das, was der Weltkrise des Kapitals folgen wird.

Es sind die eskalierenden inneren Widersprüche des Kapitalver-

hältnisses, die sowohl die ökonomische wie die ökologische Krise antreiben. Ökonomisch bedeutet dies, dass der Spätkapitalismus schlicht zu produktiv für sich selbst geworden ist. Das System produziert aufgrund beständiger Rationalisierungsschübe eine ökonomisch überflüssige Menschheit. Die aktuellen Fluchtbewegungen machen diesen Zusammenhang evident. Jene, die die lebensgefährliche Fahrt nach Europa oder in die USA wagen, fliehen vor ihrer ökonomischen »Überflüssigkeit« aus Regionen, in denen selbst die Staatsapparate zusammenbrechen, weil dort nicht mehr genügend Kapitalverwertung generiert werden kann.

Diese längst wirkende Krisentendenz wurde (und wird) im untergehenden neoliberalen Zeitalter durch die Verschuldungsexzesse überbrückt, die in die letzte Weltwirtschaftskrise führten. Seitdem hat sich am Problem nichts geändert. Das System läuft nur noch auf Pump bis zum nächsten Crash, es ist gemäß seiner eigenen bornierten betriebswirtschaftlichen Logik »unrentabel«.

Ressourcenverschwendung als Selbstzweck

Die Effizienzsteigerungen, die mit dem kapitalistischen Wachstumszwang einhergehen, fachen auch die ökologische Krise an, bei der das Kapital an seine äußere, ökologische Schranke stößt. Die kapitalistische Warenproduktion dient einem irrationalen Selbstzweck – der uferlosen Vermehrung des eingesetzten Kapitals: Der Kapitalist investiert sein als

Kapital fungierendes Geld in Arbeitskräfte, Ressourcen, Maschinen etc., um die hiermit produzierten Waren mit Gewinn zu verkaufen. Hiernach wird das vergrößerte Kapital reinvestiert. Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene entfaltet diese ökonomisch »vernünftige« betriebswirtschaftliche Logik ihr verheerendes Potenzial, da mit erfolgreicher Kapitalakkumulation auch die Aufwendungen für den Produktionsprozess – Rohstoffe und Energie – permanent erhöht werden müssen. Die schwindenden Ressourcen dieser Welt bilden das immer enger werdende Nadelöhr, durch das sich der Prozess der Kapitalverwertung hindurchzwingen muss.

Es sind gerade die ungeheuren Produktivitätssteigerungen, die zur Eskalation der ökologischen Krise maßgeblich beitragen. Sie nötigen den Spätkapitalismus dazu, die »effiziente« Verschwendung von Ressourcen und Rohstoffen ins Extrem zu treiben. Im Rahmen der Kapitalverwertung sind alle ökologischen Ressourcen und Rohstoffe nur als Träger von Wert – also abstrakter menschlicher Arbeit – von Belang. Je höher aber die Produktivität, desto weniger abstrakte Arbeit ist in einem gegebenen Quantum Ware verdinglicht. Um den Verwertungsprozess des Kapitals aufrechtzuerhalten, müssen daher bei steigender Produktivität entsprechend mehr Waren produziert und abgesetzt werden. Deswegen gilt: je größer die Produktivität der globalen Industriemaschinerie, desto größer auch ihr Ressourcenhunger. Ein Versuch, in der kapitalistischen Wirtschaft

eine ressourcenschonende Produktionsweise einzuführen, ist tatsächlich unmöglich – er käme einer Kapitalvernichtung gleich. Eine nachhaltige Lebensweise ist nur jenseits des Kapitals denkbar.

Ein unbewohnbarer Planet

Deswegen verhallen alle Appelle und politischen Initiativen zur Ressourcenschonung – auch wenn die Klimakrise sich unerbittlich entfaltet. Der Bericht des Weltklimarats von 2018 warnt, wenn der Ausstoß von Treibhausgasen auf dem jetzigen Niveau weitergeht, werde die Erderwärmung um 1,5 Grad Celsius schon im Jahr 2040 erreicht. Die Folgen wären extreme Dürren und Überschwemmungen, Hungerkatastrophen und wachsende Armut. Wohlgermerkt, selbst dieses vergleichsweise optimistische Szenario ist kaum noch zu erreichen. Klimawandel findet nicht graduell über Jahrhunderte statt, sondern plötzlich, sprunghaft. Langfristige Veränderungen im globalen Klimasystem, wie der historische Anstieg der CO₂-Konzentration, führen ab dem Überschreiten bestimmter Schwellwerte zum raschen Umschlag des gesamten Systems in einen anderen Zustand.

Gerade die Arktis gilt als Region, in der zuerst solche »Tipping Points« überschritten werden könnten, indem das Sommereis verschwindet oder die grönländischen Gletscher abschmelzen. Die Eisdecke der Arktis spielt eine wichtige Rolle bei der Minderung des Treibhauseffekts. Sobald das Sommereis in der Region tatsächlich weitgehend abschmilzt, wird sich dieser »Kühlschrank« des Weltklimas in eine »Heizung« verwandeln, da Wasser ein guter Wärmeträger ist. Im arktischen Permafrost und auf dem Grund arktischer Meere lagern zudem gigantische Mengen an Treibhausgasen, die in einem solchen Fall unkontrollierbar freigesetzt würden.

Weite Teile der kapitalistischen Welt drohen, binnen Dekaden buchstäblich unbewohnbar zu werden. Die globale Hitzewelle des Sommers 2018 hat hiervon eine Ahnung vermittelt, sie erreichte insbesondere im Globalen Süden lebensbedrohliche Ausmaße. Schon ab 37 Grad Außentemperatur kann der Körper die

Wärme nicht mehr effizient abgeben, Gesundheitsschäden sind die Folge. In vielen Ländern kletterte das Quecksilber im Sommer 2018 Sommer zeitweilig auf mehr als 50 Grad Celsius.

Das Kapital fungiert somit einerseits als Klimakiller, da sein Wachstumszwang die Welt als bloßes Material uferloser Akkumulation begreift. Andererseits hinterlässt der ökonomische Krisenprozess eine unterfinanzierte, marode gesellschaftliche Infrastruktur, die effektive Reaktionen auf die Folgen des Klimawandels erschwert – so im austeritätsgeplagten »Deutschen Europa«, das vom ehemaligen Finanzminister Wolfgang Schäuble auf eine rabiate Spardiktät gesetzt wurde. Bei den mörderischen Waldbränden in Griechenland während der Hitzewelle im Sommer 2018 wurde dies offensichtlich. Diese Wechselwirkung eskalierender Klimakrise und sozioökonomischer Krisenfolgen, bei der die innere und äußere Schranke des Kapitals ineinander greifen, bringt einen regelrechten Katastrophenkapitalismus hervor.

Der Extremismus des Kapitals

Dabei drohen mit der präfaschistischen Rechten gerade diejenige Kräfte von der ökologischen Krise zu profitieren, die sie am verbissensten leugnen. Mit ihrer neonationalistischen Ideologie liefert die Rechte die Legitimierung für den Absturz in die Barbarei. Sie brutalisiert den öffentlichen Diskurs, bringt rassistische, kulturalistische und antisemitische Ressentiments in Anschlag, um die Abschottung der »Festung Europa« zu befördern, die Errichtung eines Lagerregimes an dessen südlicher Grenze zu forcieren und das massenhafte Ertrinkenlassen von Menschen zu rechtfertigen.

Der rechte Identitätswahn hat seine böse binnenkapitalistische Rationalität: Die Klimaflüchtlinge der kommenden Dekaden, die vor einem buchstäblich tödlichen Klimawandel fliehen werden, sollen an der Flucht gehindert werden. Die Menschen des Globalen Südens sollen dort dem Hitzetod erliegen, statt in den Norden zu fliehen. In seiner

aktuellen Krise taumelt das Kapital somit in die faschistische Barbarei, letztendlich in die Weltvernichtung. Es ist die Konsequenz eines Extremismus der Mitte, des zum monströsen Scheitern verurteilten Versuchs, am Bestehenden festzuhalten. Die Neue Rechte ist das politische Subjekt, das diese objektive Tendenz zur Barbarei exekutieren soll.

Im Kampf gegen diese mörderischen Krisenideologien könnten progressive Kräfte gerade deren Anachronismus und deren barbarische Konsequenz betonen: Erfolgversprechende Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise können tatsächlich nur auf globaler Ebene ergriffen werden. Der nationale Mief führt buchstäblich in den Klimatod. In den Versuchen, Widerstand entlang der globalisierten Ausbeutungs- und Verwertungsketten zu organisieren, um eine globale Oppositionsbewegung in Angriff zu nehmen, kann die Linke eine strategische Perspektive entwickeln, in der Praxis des Widerstands neue postkapitalistische Organisationsformen erproben.

Radikalität bedeutet, dass ein radikaler Ausbruch aus dem kapitalistischen Gedankengefängnis notwendig ist. Dies gilt auch bei der Auseinandersetzung mit der »imperialen Lebensweise« der globalen Mittelklasse. Hierbei geht es nicht um Verzichtsbewegungen, da der kapitalistische Ressourcen hungrer gerade nicht der Bedürfnisbefriedigung dient. Im Gegenteil: Das Kapital, das an seiner Produktivität zu ersticken droht, produziert zunehmend für die Müllhalde (Stichwort: geplante Obsoleszenz), um den Verwertungsprozess zu verlängern. Die Befreiung vom Zwang zur Kapitalverwertung würde auch den Gebrauchswert »befreien«, der derzeit vom Wert der Warenform belagert wird. Die materiellen und sozialen Grundbedürfnisse aller Menschen können auf dem erreichten technologisch-organisatorischen Niveau befriedigt werden – nur eben nicht in Warenform. ●

Tomasz Koniecz ist Autor und Journalist. Im Heise-Verlag veröffentlichte er das Ebook »Faschismus im 21. Jahrhundert. Skizzen der drohenden Barbarei«.

Zuerst erschienen in ak 642/16.10.2018

Wie warm denn noch?

Der Klimawandel ist da. Wie er abläuft, was ihn verursacht, und wieso er immer noch geleugnet wird

Von Juliane Schumacher

Riesige Waldbrände in Sibirien und Alaska«, »Rekordhitze in Indien«, »Felssturz am Matterhorn«, »Gletscherschmelze in der Westantarktis« – Meldungen weniger Tage, Nachrichtenketten aus verschiedenen Teilen der Welt. Der Klimawandel hat sie miteinander verknüpft. Klimawandel ist zu einer großen Erzählung geworden, vielleicht zur ersten großen Erzählung des 21. Jahrhunderts.

Kein Wunder: 2014 war das wärmste Jahr seit Beginn der Temperaturmessungen Mitte des 19. Jahrhunderts. Es wurde von 2015 übertroffen und von 2016. Global gesehen waren 2017 und 2018 geringfügig kühler, doch in diesen Jahren wurden die hohen Temperaturen erstmals ohne das Klimaphänomen El Niño erreicht, das in manchen Jahren für einen zusätzlichen Schub Hitze sorgt. In Deutschland war 2018 das wärmste Jahr, das je gemessen wurde – und das mit dem geringsten Niederschlag. 2019 könnte diesen Rekord überbieten: Der Juli 2019 war der heißeste Monat, der jemals gemessen wurde – und zwar weltweit.

Rekorde sagen wenig über das Klima aus. Klima ist der Definition nach ein Mittelwert: die Gesamtheit der atmosphärischen Bedin-

gungen wie Niederschlag, Temperatur und Luftdruck an einem Ort über 30 Jahre. Die Daten sprechen aber auch hier eine eindeutige Sprache: Laut dem 2018 veröffentlichten Sonderbericht des Weltklimarats (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC), der regelmäßig die aktuelle Forschung zum Klimawandel zusammenträgt, hat sich die Erdoberfläche bis zum Jahr 2017 um rund 1 Grad Celsius gegenüber der vorindustriellen Zeit erwärmt – und erwärmt sich um 0,2 Grad pro Dekade weiter. Das mag erstmal nach wenig klingen. Weil sich Veränderungen von Temperatur und Niederschlägen aber regional und zeitlich sehr unterschiedlich ausprägen, verbergen sich hinter diesem Durchschnittswert weitreichende Veränderungen der Lebensbedingungen. Auch während der letzten Eiszeit lag die Temperatur nur 5 bis 6 Grad Celsius unter der heutigen.

Es sind indes nicht nur die Wetterdaten, an denen sich die Erwärmung der Erde ablesen lässt: Messungen zeigen, dass sich die Meere seit den 1970er Jahren stark erwärmt haben. Weil sich warmes Wasser ausdehnt, steigt der Meeresspiegel. Dieser Anstieg hat sich über die letzten Jahre beschleunigt. Schneebedeckung und Schneefall haben seit den 1920er Jahren auf der Nordhalbkugel um rund sieben Prozent abgenommen, weltweit sind Gletscher auf dem Rückzug. Die Meereisflä-

chen in der Arktis schrumpfen dramatisch. Forscher*innen haben nachgewiesen, dass in der Antarktis Schmelzprozesse eingesetzt haben, die einen Teil oder den gesamten Westantarktischen Eisschild zum Abschmelzen bringen können. Es lässt sich kaum anzweifeln: Die Erde wird wärmer. Und dies schneller, als noch vor wenigen Jahren erwartet.

Warum erwärmt sich die Erde?

Die Temperatur auf der Erde ist das Ergebnis einer einfachen Gleichung: Energie kommt in Form von Sonnenstrahlung auf der Erde an. Ein Teil wird direkt zurück ins Weltall reflektiert, ein anderer beim Auftreffen auf der Erdoberfläche in Wärme umgewandelt. Von dieser geht wiederum ein Teil ins Weltall verloren, ein anderer Teil jedoch wird von winzigen Gasparkeln in der Atmosphäre – vor allem von Wasserdampf, Kohlenstoffdioxid und Methan – wie von einem Glasdach zurückgehalten. Zum Glück für uns: Ohne diese sogenannten Treibhausgase wäre es auf der Erde im Durchschnitt minus 18 Grad Celsius kalt – und nicht plus 15 Grad, wie es derzeit der Fall ist.

Dass die Temperatur auf der Erde nicht konstant ist, sondern schwankt, lässt sich ebenfalls daraus erklären. Zum einen verändert sich die Menge Sonnenenergie, die auf der Erde ankommt, weil sich die

Erde nicht auf einer runden Bahn um die Sonne bewegt, sondern mal näher an ihr, mal weiter von ihr entfernt vorbeikreist – was zu einer Abfolge von Eis- und Warmzeiten führt. Auch die Stärke, mit der die Sonne strahlt, ist nicht immer gleich. Bereits seit der frühen Neuzeit zeichnen Forscher*innen das Auftreten von Sonnenflecken auf, deren Häufigkeit in einem etwa elfjährigen Zyklus zu- und abnimmt, wobei weniger Sonnenflecken weniger Sonnenenergie auf der Erde bedeuten.

Zum anderen gibt es zwei »Regler«, die beeinflussen, wie viel von der ankommenden Energie zur Verfügung steht, um die Erde zu erwärmen. Der erste Faktor ist die sogenannte Albedo, die bestimmt, wieviel Strahlung eine bestimmte Oberfläche ins Weltall reflektiert. Dunkles Wasser oder freiliegender Boden nehmen fast die ganze ankommende Strahlung auf und erwärmen sich; Schnee und Eis reflektieren fast alles. Dieser Effekt verstärkt sich selbst: Ist ein großer Teil der Erde mit Schnee und Eis bedeckt, steht kaum noch Energie zur Wärmebildung zur Verfügung. Es wird kälter, und die Eisdecken wachsen weiter.

Der zweite Faktor ist die Menge an Treibhausgasen in der Atmosphäre, insbesondere Kohlenstoffdioxid (CO₂) und, in geringerem Maße, Methan (CH₄) und Lachgas (N₂O). Die größte Menge des Kohlenstoffdioxids auf der Erde ist in Gesteinen gebunden, die Menge an CO₂ in Luft und Wasser macht nur einen winzigen Bruchteil aus. Durch Verwitterung von Gesteinen wird das CO₂ der Luft entzogen und im Gestein gebunden, durch Vulkanaktivität gelangt es zurück in die Atmosphäre. Dieser »große« Kreislauf des CO₂ ist vermutlich der Grund dafür, dass die Erde aus allen Zeiten extremer Temperaturen letztlich immer wieder zu lebensfreundlicheren Bedingungen zurückgefunden hat. Allerdings verlaufen Prozesse wie Verwitterung sehr langsam und zeigen erst nach einigen 10.000 bis 100.000 Jahren ihre Wirkung – auf rasche Schwankungen der Treibhausgase haben sie keinen Einfluss. Daher gilt: Je mehr Treibhausgase in der Atmosphäre,



Rund 90 Prozent des CO₂, das zusätzlich zu den natürlichen Quellen in die Atmosphäre abgegeben wird, entstehen bei der Verbrennung fossiler Energieträger und der Zementgewinnung.

desto mehr Wärme halten sie zurück: Die Temperatur steigt.

Ist das wissenschaftlich erwiesen?

Seit den 1950er Jahren gibt es Messungen über die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre. Seit 1971 liegen aus Satellitenmessungen detaillierte Daten über die Temperaturen von Land und den oberen Meeresschichten vor. Diese zeigen, dass die Energie des Erdsystems in dem Maße zugenommen hat, wie die CO₂-Konzentration in der Luft gestiegen ist.. Die Untersuchung von Luftblasen aus Eisbohrkernen aus der Antarktis und Grönland hat diesen Zusammenhang für die vergangenen 400.000 Jahre bestätigt: Je mehr CO₂ in der Luft war, desto wärmer war es.

Diesen einfachen Zusammenhang erkannte der schwedische Chemie-Nobelpreisträger Svante Arrhenius, lange bevor es möglich war, seine These durch Daten aus Eisbohrkernen zu bestätigen: Mit Papier und Stift erstellte er ein einfaches Klimamodell. In diesem berechnete er, dass bei einem doppelt so hohen CO₂-Gehalt der Atmosphäre die mittlere Temperatur auf der Erde um 5 bis 6 Grad steigen müsste.

An dieser Erkenntnis hat sich seither nichts Grundlegendes geändert. Hochleistungscomputer berechnen heute in komplexen Modellen, wie sich eine Erhöhung der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre auf die Temperatur der Erde auswirkt. Dabei beziehen sie eine Vielzahl von möglichen Rückkopplungen und Auswirkungen mit ein: Meeresströme und Wolkenbildung, die Reaktionen von Vegetation und Meeresorganismen, das Abschmelzen von Eis und die kühlende Wirkung von feinen Staubpartikeln. Der

Weltklimarat fasste zuletzt 2013 den Stand der Forschung zusammen: Bei einer Verdoppelung der CO₂-Konzentration muss mit einer Temperaturerhöhung von 1,5 bis 4,5 Grad Celsius gerechnet werden.

In den letzten Jahren haben Wissenschaftler*innen weltweit Forschungen durchgeführt zu der Frage, wie genau das Klimasystem auf die höheren CO₂-Konzentrationen reagiert. Klar ist: Es gibt keinen Mechanismus, der eine solche Erwärmung kurzfristig stoppt. Die Erde reagiert auf die veränderte Konzentration von Treibhausgasen – und eine solche Reaktion kann sehr heftig ausfallen. So stieg die Temperatur im Rahmen des sogenannten Temperaturmaximums vom Paläozän zum Eozän (PETM) vor 55 Millionen Jahren sprunghaft an, nachdem große Mengen Treibhausgase in die Atmosphäre gelangt waren – um etwa 6 Grad Celsius in 20.000 Jahren.

Diese starken Reaktionen gehen darauf zurück, dass sich die Erde nicht gleichmäßig erwärmt. Im Klimasystem existieren zahlreiche Kipp-Punkte: Wenn diese einmal überschritten sind, kommt es abrupt zu weitreichenden Veränderungen im Klima- und Ökosystem, die sich selbst weiter verstärken. Klimaforscher*innen haben zahlreiche Kipp-Punkte ausgemacht, die bereits bei einer Temperaturerhöhung von 1 bis 3 Grad Celsius überschritten werden können. Dazu gehört das Schmelzen der Eisschelfe in der Antarktis: Wenn diese »Barriere« schmilzt, die das Inlandeis vom wärmeren Meereswasser trennt, zieht dies das Abschmelzen großer Eisschilde nach sich. Beim Überschreiten höherer Temperaturen könnten Meeresströmungen, die das Klima in vielen Regionen der Erde prägen, sich abschwächen oder ganz abbrechen, und weite Teile des tropischen Regenwaldes zu Savanne werden – was die CO₂-Aufnahme verringern und den Temperaturanstieg weiter anheizen würde.

Ist die Erderwärmung menschengemacht?

Die aktuelle Erwärmung der Erde, sind sich Wissenschaftler*innen einig, ist durch den Menschen verur-

sacht. Zwar hat sich das Klima im Laufe der Erdgeschichte viele Male dramatisch verändert: Es gab Zeiten, in denen es viel wärmer war als heute und selbst an den Polen keine Spur von Eis blieb, und andere, in denen fast die gesamte Erdoberfläche unter Gletschern begraben war. Den aktuellen Anstieg der Temperatur jedoch können die natürlichen Ursachen, die in Frage kommen, nicht erklären – der vom Menschen verursachte Anstieg von Treibhausgasen in der Atmosphäre schon.

Die letzten 800.000 Jahre lag der CO₂-Gehalt der Atmosphäre relativ konstant bei rund 280 ppm (*parts per million*, Teile pro Million, die Maßeinheit, in der man die Konzentration von Spurengasen angibt). Seit der Mensch vor 150 Jahren begonnen hat, fossile Brennstoffe – Kohle, Öl und Gas – als Energiequellen zu nutzen, ist der CO₂-Gehalt der Atmosphäre stark gestiegen, im Jahr 2017 lag er bei 403 ppm. Rund 90 Prozent des CO₂, das derzeit zusätzlich zu den natürlichen Quellen in die Atmosphäre abgegeben wird, entstehen bei der Verbrennung fossiler Energieträger und der Zementgewinnung. Die restlichen zehn Prozent gehen auf veränderte Landnutzung zurück, vor allem auf die Rodung von Wäldern und die intensive konventionelle Landwirtschaft. Der Gehalt an Methan in der Atmosphäre, nach Kohlenstoffdioxid das wichtigste Treibhausgas, hat sich seit Beginn der Industrialisierung mehr als verdoppelt. Methan entsteht vor allem bei der Viehhaltung, beim Reisanbau und auf Mülldeponien.

Das Klima reagiert auf diese Veränderungen so, wie es zu erwarten ist: Es wird wärmer. Die erste starke Erwärmungsphase, vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis in die 1940er Jahre, ging auf menschliche und natürliche Einflüsse zurück; in dieser Zeit nahmen die Konzentration der Treibhausgase und die Sonnenaktivität zu. In den Jahren zwischen 1940 und 1970 stieg die Temperatur langsamer. Kühlend wirkte hier der industriebedingte Anteil an Ruß- und Staubpartikeln in der Luft. Er verringerte sich erst mit der Einführung neuer Umweltrichtlinien und Filtertechniken.

Den stärksten Temperaturanstieg verzeichnet die Erde seit den 1970ern, und dieser Temperaturanstieg lässt sich nur durch den menschlichen Einfluss erklären. Alle natürlichen Ursachen, die als Grund für die Erwärmung infrage kommen, scheiden aus: Die Sonnenaktivität nimmt seit den 1970er Jahre nicht zu, sondern ab. Auch die Wärmeverteilung innerhalb der Atmosphäre zeigt, dass es keine Energie von außen ist, die die Erde aufheizt. Denn dann müssten sich auch die äußeren Schichten der Atmosphäre erwärmen; diese kühlen derzeit jedoch ab – ein Hinweis darauf, dass in den erdnahen Schichten der Atmosphäre viel Wärmestrahlung von Treibhausgasen zurückgehalten wird, die dann in den äußeren Schichten fehlt. Zudem lässt sich anhand seiner chemischen Zusammensetzung nachweisen, dass das Mehr an CO₂ in der Atmosphäre aus fossilen Brennstoffen stammt. Fossile Brennstoffe sind also erwiesenermaßen der wichtigste Grund für den CO₂-Anstieg in der Atmosphäre.

Im Verhältnis zum natürlichen Anteil an Kohlenstoffen ist der Anteil, den der Mensch verursacht, gering. Dass dieser Anteil dennoch einen so starken Effekt hat, liegt daran, dass sich CO₂ anreichert: Pflanzen können nicht so viel CO₂ aufnehmen, wie ausgestoßen wird. Durch die Abholzung von Wäldern wird dieser Effekt noch verstärkt. Einmal in den Kreislauf von Luft und Wasser gelangt, sinkt die Konzentration von CO₂ nur langsam – eine einmal in Gang gebrachte Erwärmung dürfte Jahrtausende anhalten.

Welche Folgen hat die globale Erwärmung?

Egal, ob Hochwasser an der Oder, Jahrhundertsommer oder Hurrikan – bei jedem extremen Wetterereignis taucht die Frage auf: Ist das schon eine Folge des Klimawandels? Nun lässt sich ein einzelnes Ereignis nie direkt auf eine langfristige Klimaänderung zurückführen, denn Wetter ist, anders als Klima, ein Zufallsprodukt. Auch in einem konstanten Klima würde es sehr heiße und sehr kalte Tage geben, und auch dort bestünde die Möglichkeit, dass ein Tropensturm der Stärke 5 entsteht.

Die Wahrscheinlichkeit – und damit die Häufigkeit – solcher Extremereignisse ist in einem wärmeren Klima jedoch größer. Denn eine höhere Temperatur bedeutet mehr Energie, die etwa Stürme antreibt, mehr Verdunstung und damit größere Wassermengen, die bei Starkregen zu Überschwemmungen und Fluten führen können. So hat die Anzahl von Hitzewellen in Europa, Asien und Australien in den letzten 50 Jahre stark zugenommen – und es besteht kaum Zweifel, dass sie mit steigender Temperatur noch häufiger werden.

Das gilt auch für Starkregen: Durch die höhere Verdunstung nehmen die Niederschläge zu, um etwa zwei bis drei Prozent pro Grad Celsius höherer Lufttemperatur. Dies bedeutet nicht, dass es überall auf der Welt mehr regnet; die höheren Temperaturen wirken sich je nach Region unterschiedlich aus. Neue Studien haben jedoch gezeigt, dass extreme Niederschläge weltweit zunehmen, sowohl in feuchten als auch trockenen Regionen. Solche Extremregenfälle führen häufig zu Überflutungen. Ähnlich bei Tropenstürmen: Die meisten Klimamodelle sagen voraus, dass es mit steigender Temperatur nicht zu mehr Tropenstürmen kommt, die Häufigkeit und Wucht sehr starker Tropenstürme jedoch zunimmt.

Die unmittelbarste Bedrohung durch den Klimawandel geht für viele Menschen auf der Erde vom steigenden Meeresspiegel aus. Der Meeresspiegel steigt, bedingt durch die Ausdehnung des wärmeren Wassers und das Abschmelzen von Gletschern, schon seit Beginn des 20. Jahrhunderts an. Er liegt heute rund 20 Zentimeter höher als im Jahr 1880. Der Anstieg hat sich zuletzt beschleunigt, auf nun 3,4 Millimetern pro Jahr. Und: Der Anstieg des Meeresspiegels geschieht stark zeitversetzt, das heißt, er wird noch lange weiter steigen, selbst wenn es gelingen sollte, den globalen Temperaturanstieg zu stoppen. Der Weltklimarat rechnete in seinem Bericht von 2013 mit einem Meeresspiegelanstieg um 28 bis 98 Zentimeter bis Ende des Jahrhunderts, für das Jahr 2300 ging er von einem Anstieg bis drei Meter aus. Jün-

gere Studien haben diese Zahl seither immer weiter nach oben korrigiert. Der offizielle Klimabericht der USA von November 2017 geht bis 2100 bereits von 2,4 Metern aus. Sollte der Westantarktische Eisschild, wie es aktuelle Messungen nahelegen, bereits instabil geworden sein und abschmelzen, ist mit einem zusätzlichen Anstieg von mehreren Metern zu rechnen.

Der Anstieg des Meeresspiegels trifft Milliarden Menschen: Ein Drittel der Weltbevölkerung lebt in Küstengebieten. Tiefliegende Inseln wie die Malediven und viele Pazifikstaaten sind schon bei einem geringen Anstieg nicht mehr bewohnbar. Bei einem stärkeren Anstieg werden riesige Flächen überflutet werden, zahlreiche Millionenstädte in der ganzen Welt sind bedroht. Schon heute führt der höhere Meeresspiegel in tiefliegenden Gebieten zu Versalzung und damit der Zerstörung von landwirtschaftlichen Flächen.

Die Erwärmung der Meere wird zudem die Fischerei erschweren: Warmes Wasser enthält weniger Sauerstoff. Bei einer starken Erwärmung entstehen mehr »tote Zonen«, in denen Fische nicht überleben können. Die Lebensbedingungen für Meeresorganismen werden zusätzlich erschwert, weil sich Kohlenstoffdioxid aus der Luft im Meerwasser löst und es saurer macht. Diese Versauerung des Meerwassers lässt sich bereits feststellen.

Im August 2019 hat der IPCC einen Sonderbericht zur Landwirtschaft veröffentlicht. Zwar stellt er darin fest, dass Landwirtschaft bei höheren Temperaturen künftig auch in polnahen Gebieten möglich wird, und dass Erträge in manchen Gebieten steigen können. Auf der anderen Seite können Trockenheit, Brände oder Stürme zu vermehrten Ernteaussfällen führen. Klar ist: Profitieren werden, wenn überhaupt, Gebiete wie Skandinavien oder Kanada. Verlieren werden jene Regionen, die ohnehin schon mit Hitze und Dürre zu kämpfen haben. Bei einer Erwärmung von 2 Grad Celsius wird die Produktion von Grundnahrungsmitteln mit großer Wahrscheinlichkeit weltweit einbrechen.



Der Weltklimarat rechnet 2013 mit einem Anstieg des Meeresspiegels um 28 bis 98 Zentimeter bis Ende des Jahrhunderts, für das Jahr 2300 geht er von einem Anstieg bis drei Meter aus. Jüngere Studien haben diese Zahl seither immer weiter nach oben korrigiert.

Wer leugnet den Klimawandel?

Dass sich die Erde erwärmt, ist (nahezu) unbestritten. Dass der Mensch dafür verantwortlich ist, gilt in der Wissenschaft ebenfalls als nahezu sicher. Die große Einigkeit der Wissenschaft bei den zentralen Fakten spiegelt sich in der Debatte in Medien und Gesellschaft allerdings nicht wider. Hier hat sich der Klimawandel zu einem Schauplatz erbitterter Kämpfe um (wissenschaftliche) Wahrheit und Weltanschauung entwickelt.

Zum einen gibt es eine kleine, aber einflussreiche Gruppe von »Klimaskeptiker*innen« – Wissenschaftler*innen und Laien –, die bestreitet, dass überhaupt eine Erwärmung stattfindet oder diese vom Menschen verursacht ist. Anders als renommierte Klimaforscher*innen, die, wie in der Wissenschaft üblich, ebenfalls die bestehenden Modelle immer wieder infrage stellen und neue Thesen aufbringen, stellen sich die Klimaskeptiker*innen außerhalb des wissenschaftlichen Systems. Diesem werfen sie vor, ein geschlossener Block zu sein, der mit manipulierten Daten arbeite, abweichende Meinungen unterdrücke und politisch kontrolliert sei..

Die Kontroversen haben auch immer wieder den Weltklimarat erfasst, den die Vereinten Nationen und die Weltwetterorganisation 1988 ins Leben riefen und der alle vier bis fünf Jahre den Stand der Forschung zum Klimawandel zusammenfasst. In der Tat ist der Weltklimarat auch ein politisches Gremium – auch wenn wenige wissenschaftliche Institutionen so transparent arbeiten. Die Zusammenfassungen

der Berichte werden, anders als die Berichte selbst, von den Vertreter*innen der beteiligten Staaten abgesegnet, und auch wenn diese keine Daten verändern können, wird um Formulierungen und Schwerpunktsetzungen gerungen. Der Weltklimarat immer wieder heftig attackiert, ihm wurde Panikmache und Übertreibung vorgeworfen – obwohl er unter Klimawissenschaftler*innen eher als konservatives Gremium gilt, das sehr vorsichtige Aussagen und zurückhaltende Prognosen macht. Viele Klima- und Ozeanforscher*innen schätzen den Anstieg des Meeresspiegels deutlich höher ein als der Weltklimarat in seinem Bericht; die Analysen des IPCC sind eher der kleinste gemeinsame Nenner dessen, was in der Klimaforschung als gesichert gilt.

Auch wenn die meisten »klimaskeptischen« Forscher*innen in der Wissenschaft einen zweifelhaften Ruf genießen und sich viele ihrer »Erkenntnisse« leicht widerlegen lassen, spielen sie insbesondere in den USA eine enorme Rolle in der Öffentlichkeit. Dieser Effekt hat sich, seit mit Donald Trump ein bekennender Klimaskeptiker Präsident der USA ist, noch verstärkt. Viele Medien veröffentlichen lieber heftige Kontroversen als die vielen kleinen Puzzleteile, die bestehende Annahmen ergänzen oder bestätigen. Eine im August dieses Jahres veröffentlichte Studie zeigt, dass (englischsprachige) Zeitungen und Zeitschriften eine Gruppe von »Klimaskeptiker*innen« ebenso häufig zu Wort kommen ließ wie Klimawissenschaftler*innen – trotz mangelhafter oder gänzlich fehlender wissenschaftlicher Expertise. Bei den Onlinepublikationen tauchten die »Skeptiker*innen« sogar 50 Prozent häufiger auf als anerkannte Klimaforscher*innen.

Mehrfach haben Journalist*innen aufgedeckt, dass prominente Klimaleugner*innen Gelder von der Ölindustrie oder anderen Lobbyorganisationen erhalten haben. Gegen den größten US-Ölkonzern Exxon ermittelt seit 2014 die Staatsanwaltschaft: Der Konzern soll bereits seit den 1970ern durch eigene Forschung bestens über die globale Erwärmung informiert gewesen

sein – dieses Wissen habe er nicht nur geheim gehalten, sondern über zehn Jahre lang Studien finanziert und Berichte lanciert, die den Klimawandel leugneten.

Aber es gibt auch viele Menschen, die sich nicht zur Gruppe der Skeptiker*innen zählen, aber angesichts der Kontroversen dennoch verunsichert sind. Dies mag mit der Komplexität des Themas zusammenhängen. In einer Welt, in der sich auch der Umschlag von Nachrichten und Informationen immer mehr beschleunigt, ist es schwierig, das komplexe Zusammenspiel zwischen natürlichen Schwankungen und menschlichen Einflüssen zu vermitteln. Dass die Forschung sehr technisch ist und sich zunehmend auf die Erstellung von Computermodellen konzentriert, macht den Klimawandel noch abstrakter. In der Folge entsteht der Eindruck, nur eingeweihte Expert*innen könnten verstehen, wie Erkenntnisse über den Klimawandel zustande kommen.

Wie Klimawandel erforscht, diskutiert, was als »Wahrheit« anerkannt und wie darauf reagiert wird, all dies sind politische Fragen. Dass gerade beim Klimawandel Forschung zu einem Schauplatz solcher erbitterter Kämpfe geworden ist, ist selbst politisch hoch brisant. Denn die Datenlage ist keineswegs strittig. Das Problem, dass weiterhin große Teile der Bevölkerungen in Europa und den USA nicht glauben, dass der Klimawandel existiert und vom Menschen verursacht ist, kann nicht mit mehr Daten oder noch zuverlässigeren Vorhersagen gelöst werden – denn hier geht es nicht um Wissenschaft, sondern um Gesellschaft und Politik. ●

Juliane Schumacher ist freie Journalistin. Ihre Schwerpunkte sind Ökologie, Klimawandel und soziale Bewegungen in Nordafrika.

Zuerst erschienen in ak ???/
???????????

Der Text basiert auf Auszügen aus der Analyse »Ungerechtigkeit im Treibhaus: Klimawandel von Links erklärt« von Juliane Schumacher, die Ende 2018 bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung erschienen ist. Download unter www.rosalux.de.

Braunkohleweltmeister Deutschland

Aus irgendeinem unbekanntem Grund hat Deutschland bei sich selbst das Image, ein Vorreiter in Sachen Klimaschutz zu sein. Wie wenig das mit der Realität zu tun hat, zeigt ein Blick auf die Braunkohleförderung. Deutschland ist weltweit größter Förderer, noch vor China (das allerdings bei der Steinkohle vorn liegt). Sieben der zehn dreckigsten Kraftwerke Europas stehen in Deutschland. Allein das Kraftwerk Neurath stößt pro Jahr so viel Abgase aus wie der gesamte innerdeutsche Flugverkehr in zwölf Jahren. Braunkohle ist nicht nur die ineffizienteste Form der fossilen Energiegewinnung, sondern auch die, die am stärksten zum Klimawandel beiträgt. Sie ist für so viel Kohlendioxidausstoß verantwortlich wie der gesamte Verkehrssektor.

Die Bundesregierung fördert den Kohleabbau durch Steuererleichterungen und andere Vergünstigungen. Zwischen einer Milliarde Euro (Gutachten im Auftrag des Bundesumweltamts von 2004) und 15 Milliarden Euro (Gutachten im Auftrag von Greenpeace) jährlich beträgt die verdeckte Subvention der Braunkohle. Die Folge: Noch immer kommt mehr als ein Drittel des Stroms in Deutschland aus Kohle-

kraftwerken, 60 Prozent davon aus Braunkohle. Mit der Braunkohleförderung belastet Deutschland auch die Nachbarländer. Wegen der enormen Stromüberschüsse exportiert die Bundesrepublik Strom billig oder sogar kostenlos. Das führt dazu, dass in anderen Ländern sauberere Gaskraftwerke abgeschaltet werden und Windräder nicht ans Netz gehen.

In der Kohlekommission wurde nun ein Ausstiegstermin aus der umweltschädlichen Kohleförderung vereinbart: 2038 soll es so weit sein, so lautet der berühmte »Kohlekompromiss«. Dass das viel zu spät ist, brachte diesen Sommer sogar CSU-Chef Markus Söder zur Sprache. Seinen Vorschlag, den Ausstieg auf 2030 vorzuziehen, wiesen Unionspolitiker*innen und Energiekonzerne prompt zurück. Praktisch für Söder. So konnte er sein ökologisches Profil schärfen, ohne wirklich etwas tun zu müssen.

Kein Wunder also, dass Deutschland seine Klimaziele für 2020 weit verfehlt. Eigentlich sollen bis dahin die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um mindestens 40 Prozent gesenkt werden. Laut Klimaschutzbericht der Bundesregierung werden aber nur Einsparungen von 32 Prozent erreicht. ●

Last Exit Weltwirtschaftskrise?

Kapitalismus und Klimaschutz sind inkompatibel. Ein einziges Mal in den letzten Jahrzehnten konnte das Klima aufatmen: während der globalen Finanzkrise 2009. Weil in jenem Jahr die Weltwirtschaft strauchelte, ging auch der Ausstoß von Treibhausgasen zurück. Allerdings nur um 1,3 Prozent, was daran lag, dass die Länder unterschiedlich schwer von der Krise betroffen waren.

Während in Europa, Nordamerika und Japan ein deutlicher Rückgang gemessen wurde – in Deutschland um sieben Prozent –, legten die aufstrebenden Nationen zu: China steigerte seine Emissionen um acht Prozent, Indien um sechs. Pech für die Atmosphäre: Im Folgejahr war es

mit der Atempause schon wieder vorbei: 2010 war Rekordemissionsjahr. Weil sich die Weltwirtschaft erholte, stiegen die globalen CO₂-Emissionen um beinahe sechs Prozent. Auch wenn die Kurve inzwischen weniger steil steigt, bleibt die Rechnung einfach: Wenn das globale Bruttoinlandsprodukt (BIP) wächst, wächst auch der Ausstoß von Treibhausgasen. Heute werden fast 45 Prozent mehr Treibhausgase in die Atmosphäre geblasen als im Jahr 2000.

Angesichts dieser Zahlen klingt der Bericht des Weltklimarats (IPCC) von 2018 geradezu verzweifelt. Selbst wenn der CO₂-Ausstoß auf dem heutigen Niveau verharren würde (extrem unwahrscheinlich),

werde die Erderwärmung um 1,5 Grad Celsius schon 2040 erreicht: Byebye Korallenriffe, hallo Überschwemmungen, Hungerkatastrophen und Kriege um Wasser. Selbst dieser extrem unwahrscheinliche »begrenzte« Anstieg könnte das Weltklima schon über einen der berühmten Kippunkte bringen, die einen Dominoeffekt in Gang setzen.

Um eine 1,5-Grad-Erwärmung bis 2040 zu verhindern, müssten laut IPCC-Bericht die Treibhausgase bis 2030 um 45 Prozent gegenüber dem Niveau von 2010 gesenkt werden – bis 2050 um 100 Prozent. Die 1,5-Grad-Grenze sei technisch noch erreichbar, fleht der IPCC. Politisch und ökonomisch ist sie es nicht. ●

Deutschland ist ein SUV

VW-Chef Herbert Diess weiß, wie man Schlagzeilen macht. Er habe »absolut Sympathien« für die Protestler*innen im Hambacher Forst, gab der Automanager im Oktober 2018 gegenüber der Süddeutschen Zeitung zu Protokoll. Denn: »Wir müssen mehr als zwei Grad Erderwärmung verhindern.« Was geht ab bei Mister Dieselskandal, möchte man fragen. Die Antwort ist wie so oft simpel: Es hat nämlich »überhaupt keinen Sinn, Elektroautos auf die Straße zu bringen, wenn wir den Strom dafür aus Braunkohle gewinnen«, findet Diesel-Diess. Aha.

Wie es mit dem Engagement des Konzerns für den Klimaschutz aussieht, konnte man sich im Anschluss an die EU-Klimakonferenz Anfang Oktober 2018 anschauen. Dort schaltete die Bundesregierung, Schutzpatronin der deutschen Autoindustrie, zunächst auf Stur. Während Frankreich, Irland und Schweden vorschlugen, die zulässigen CO₂-Emissionen bei Neuwagen in der EU um 40 bis 50 Prozent bis 2030 (gegenüber 2021) zu senken, erklärte die deutsche Autoregierung: 30 Prozent sind das Maxi-

mum. Doch selbst das ging Klimafan Herbert Diess zu weit. Da werde die deutsche Autoindustrie »schneller abstürzen, als viele glauben«, unkte der VW-Chef. Und drohte, 100.000 Jobs bei VW könnten wegfallen, wenn die EU nicht von ihrem Ziel Abstand nehme. Übersetzung: Dann verlagern wir die Produktion in andere Länder.

Wo Staaten um Unternehmensstandorte konkurrieren, ist das eine ernste Drohung. Es erklärt auch, warum deutsche Autokonzerne kaum Konsequenzen zu fürchten haben, egal ob sie Abgaswerte fälschen, Millionen manipulierter Wagen verkaufen und die Gesundheit von Hunderttausenden Menschen gefährden oder emissionsärmere Modelle nicht herstellen. Die deutsche Autoindustrie beschäftigt 820.000 Menschen, Millionen weitere sind von ihr abhängig. Ökonomische Macht ist im Kapitalismus politische Macht, deshalb werden politische Entscheidungen an den Bedürfnisse der Branchenriesen ausgerichtet, nicht umgekehrt.

Ende 2018 beschloss die EU trotzdem eine Senkung der zulässigen Emissionen bei Neuwagen um

37,5 Prozent bis 2030 (im Durchschnitt der Autoflotte eines Unternehmens). Nun muss die jahrelang verzögerte Umstellung auf Elektroantriebe doch schneller geschehen. Dafür verlangen die deutschen Autokonzerne großzügige staatliche Förderung. Mit Erfolg: Im Juli beschloss die Bundesregierung Steuergeschenke in Milliardenhöhe für Käufer*innen von Elektroautos. So hilft sie den Konzernen, den Absatz von E-Autos anzukurbeln – und noch mehr Emissionen zu produzieren. Denn bei der Produktion eines PKW wird so viel CO₂ ausgestoßen, wie ein PKW – je nach Modell – in 25.000 bis 60.000 gefahrenen Kilometern in die Luft bläst. Bei der Herstellung von Elektroautos liegen die Emissionen übrigens deutlich höher als bei Verbrennungsmotoren.

Voran zur E-Mobilität also. Bis es soweit ist, setzt man bei VW auf Diesel als Brückentechnik. Warum? Weil Diesel-Fahrzeuge etwas weniger CO₂ ausstoßen als Benzin – und weil die Renditen im boomenden SUV-Markt am größten sind. Die tanken in der Mehrheit Diesel. ●

Wie im Fernlicht

CO₂-Bilanzen und Emissionshandel sind nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems

Von Camila Moreno

Bis vor kurzem noch hätten Begriffe wie »CO₂-Bilanz«, »CO₂-Fußabdruck« oder »CO₂-Ausgleich« nur fragende Blicke in der allgemeinen Öffentlichkeit hervorgerufen. Inzwischen sind sie in aller Munde, ganz unabhängig von der Frage, ob sie den notwendigen Klimaschutzzielen überhaupt dienlich sind oder nicht. »Carbon metrics« sind das Maß aller Dinge in der internationalen Umweltpolitik. (...)

Auf dem Erdgipfel in Rio de Janeiro in 1992 glaubte man, eine Wunderwaffe gegen den Klimawandel gefunden zu haben: die Reduktion von CO₂-Emissionen. Dementsprechend ging es in den Folgejahren vor allem darum, Autos, Haushaltsgeräte, Kraftwerke und ganze Indus-

trien effizienter zu gestalten. Dieser »End-of-Pipe«-Ansatz zog jedoch die politische Aufmerksamkeit von den Ursachen des Klimawandels ab und erlaubte den Entscheidungsträger*innen, sich nur noch mit seinen Symptomen in Form von Emissionen zu befassen.

Zweitens hatte man die Entscheidung getroffen, den Klimawandel in einer Maßeinheit, die unter dem Namen »CO₂-Äquivalent« bekannt ist, zu messen. CO₂, Methan und andere Treibhausgase haben jedoch sehr unterschiedliche Eigenschaften in Hinblick auf ihre Treibhausauswirkung und die Dauer, die sie in der Atmosphäre verbleiben. Zudem entstehen sie in bestimmten natürlichen Umgebungen und haben unterschiedliche Wechselwirkungen mit lokalen Öko- und Wirtschaftssystemen. Die Abbildung all dieser verschiedenen Qualitäten und mög-

lichen Auswirkungen in Form einer standardisierten Zahl reduziert ein sehr komplexes Problem auf eine Sache, von der Entscheidungsträger*innen glauben, sie könnten ihr mit einer einzelnen Maßnahme oder Politik beziehungsweise einem einzelnen Instrument oder Ziel begegnen.

CO₂-zentriertes Weltbild

Eine dritte Fehlentscheidung war es, Emissionen aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe mit denjenigen aus biologischen Prozessen zu verrechnen. Reisfelder und Kühe wurden plötzlich zu Emissionsquellen und tropische Wälder und Sümpfe zu Emissionssenken. Bei Verabschiedung des Kyoto-Protokolls 1997 war »mehr Flexibilität« die Lösung des Tages und der Handel mit Emissionszertifikaten (die ja eigentlich Verschmutzungsberechtigun-

gen darstellen) die bevorzugte Politikoption. Dieser Handel wird jedoch seitdem von den Industriestaaten dazu benutzt, einige ihrer eigenen Verpflichtungen zur Emissionsreduktion zu umgehen im Austausch gegen finanzielle Unterstützung von Reduktionen oder gar »vermiedenen Emissionen« jenseits ihrer Grenzen. Ein solcher Ansatz hat ganz entschieden zur Zementierung einer engen und allein auf CO₂-Emissionen fokussierten Klimapolitik beigetragen.

Heute sehen wir, wie sich neue Märkte für sogenannte Ökosystemdienstleistungen in der ganzen Welt verbreiten: Handels- und Ausgleichsmechanismen wie »wetland banking«, »biodiversity offsetting«, »forest credits« und andere übertragen aber nicht nur die konzeptionellen Prinzipien des Emissionshandels auf andere Bereiche, sondern übersetzen in manchen Fällen sogar Dinge wie biologische Vielfalt oder Ökosysteme, z.B. Feuchtgebiete und Wälder, in CO₂-Äquivalente. Anstatt also unser Wirtschaftssystem so anzupassen, dass es sich in die natürlichen Grenzen des Planeten einfügt, definieren wir die Natur so um, dass sie in unser Wirtschaftssystem passt.

Nach dem Pariser Klimagipfel im Dezember 2015 ist die Welt mit der Idee der »Negativemissionen« und dem Ziel, eine Nettoemissionsbilanz von Null zu erreichen, wieder einmal kurz davor, einen neuen, grundsätzlich falschen Weg einzuschlagen. Denn diese Wendung impliziert, die Welt könne weiterhin neue Emissionen produzieren, solange neue Technologien erfunden werden, um zu einem späteren Zeitpunkt wieder CO₂ aus der Atmosphäre zu saugen. Angesichts dieser Idee geraten Vorschläge für einen sofortigen und radikalen Transformationspfad, der fossile Brennstoffe im Boden lässt, unser Landwirtschaftssystem ändert und unsere natürlichen Ökosysteme wiederherstellt, ins Hintertreffen. Negative Emissionen sind jedoch ein Mythos: Wir können nicht immer weiter Massen an CO₂ ausstoßen und sogar neue Kohlekraftwerke bauen und gleichzeitig behaupten, mit neuen Technologien gegen den Klimawan-



Kommende Generationen werden nur eine »low carbon«-Welt kennen.

del vorzugehen.

Das Vorzeigekind dieser Technologiegläubigkeit ist BECCS, also »Bioenergie mit Kohlenstoffabscheidung und -speicherung«. BECCS beinhaltet das Anpflanzen großer Mengen an Gras oder Bäumen, die dann als Biomasse verbrannt werden, um Strom zu erzeugen. Das dabei entstehende CO₂ wird abgefangen und in Gesteinschichten tief unter die Erde gepumpt – auf alle Ewigkeit sicher gespeichert. Oder nicht? Es ist ziemlich sicher, dass solche Technologien nicht funktionieren: Sie sind gespickt mit praktischen Herausforderungen und laufen Gefahr, zukünftige Lecks zu verursachen. Außerdem stellen die notwendigen Landnutzungsänderungen schwerste soziale und ökologische Risiken dar, vor allem im globalen Süden.

Bei diesem kurzen Galopp durch die jüngste Geschichte der Umweltpolitik wird klar, dass sich die Dominanz von CO₂-Bilanzen bei jedem einzelnen Schritt und jedem neuen Wendepunkt verstärkt hat. Da das, was gemessen wird, auch das bestimmt, was angegangen wird (oder auch liegengelassen wird), ist dies eine sehr ernst zu nehmende Entwicklung. Aber wie ist es möglich, dass wir uns so haben verführen und fehlleiten lassen? Eine mögliche Antwort wäre, dass wir so viele falsche Schritte in den letzten paar Jahrzehnten unternommen haben, dass jeder einzelne von ihnen unsere Vision dessen, was falsch oder zukünftig möglich ist, weiter verengt hat. In der Monokultur von CO₂-Bilanzen werden wirkliche Alternativen im wahrsten Sinne des Wortes undenkbar.

Die momentane Besessenheit von Messungen und Verrechnungen geht dabei weit über den Umweltbereich hinaus: Die Welt lebt von Abstraktionen: Kalorien, Meter, Kilos, Bruttoinlandsprodukt (BIP) und nun CO₂. Die Schaffung und

Übernahme des metrischen Systems selbst war ein ausschlaggebender Schritt zur Herausbildung einer wirklich globalisierten Welt. Wir denken sehr selten daran, dass diese Abstraktionen eine Geschichte haben, von der sie in vielfältiger Form grundlegend geprägt sind. Und wir vergessen oft, wie sie Fragen nach Macht und Politik hinter vermeintlich objektiver »Expertensprache« verstecken.

Ein anschauliches Beispiel hierfür ist die Messung von Wirtschaftsleistung in Form des Bruttoinlandsprodukts, was zur Zeit des Zweiten Weltkriegs bahnbrechend war. Seitdem stellt es aber eine Frustrationsquelle dar, aus der ein Entkommen unmöglich scheint. Das BIP zieht wie ein allmächtiger Autokrat alle Aufmerksamkeit auf sich – wobei die Geldökonomie stark überbewertet wird. Gleichzeitig werden nicht in Geld messbare Werte als zweitrangig deklariert und damit jegliche Entscheidungskompetenz verzerrt. Quantifizierung kann zwar sehr erhellend sein, aber sie kann auch genau so gut blind machen. Wie im Fernlicht-Scheinwerfer eines Autos mag ein kleines Stück der Straße taghell sein, während die Dunkelheit der Nacht umso tiefer erscheint. Ein ähnliches Risiko haben wir, wenn wir CO₂ zum einzigen Negativmaßstab für unseren Wohlstand erklären.

Gefährlicher Anspruch auf Vollständigkeit

Die Messgrößen, die unsere Gesellschaften heutzutage dominieren, haben eine besondere Eigenschaft: einen Anspruch auf Vollständigkeit und Allgemeingültigkeit, der eng verflochten ist mit der Entstehung des kapitalistischen Weltsystems. Im Laufe dieses Prozesses trat die Quantifizierung an die Stelle eines qualitativen Denkens, verdrängte ein lineares Verständnis von Wandel komplexere Vorstellungen und zerstörte standardisierte Messgrößen die Nuancen lokaler Besonderheiten. Übersetzt in den Bereich des Klimawandels bedeutet dies, dass alles, was auch nur ein bisschen die Nettoemissionen reduziert, das Richtige sein muss – auch wenn es einen fundamentalen Wandel der

Wirtschaft verhindert oder die Fähigkeit von Kommunen reduziert, Probleme und Lösungen selbstständig zu definieren.

Diese Effekte sind klar anhand des Europäischen Emissionshandelsystems (EU ETS) zu beobachten. Während seine Befürworter*innen argumentieren, dieses System habe die Emissionen durch das Setzen einer klaren Obergrenze reduziert, ist sein Einfluss auf den Klimawandel insgesamt fragwürdig. Die deutsche Energiewende zum Beispiel hat sehr wenig zu tun mit dem EU ETS. Dahingegen hat die schiere Existenz dieses Systems den Kohle- und Ölkonzernen und der Autolobby geholfen, für ein einziges »technologieneutrales« Klimaziel (sprich: Emissionsreduktionsziel) zu kämpfen – wodurch es die Forderung nach spezifischen erneuerbaren Energiezielen, Energieeffizienzzielen oder Brennstoffqualitätsstandards geschwächt hat.

Die Besessenheit von CO₂-Bilanzen trägt dazu bei, Atomenergie, die Ausbeutung von Erdgas (inklusive Fracking), Biokraftstoffe und andere riskante und gefährliche Technologien voranzutreiben, solange diese versprechen, weniger CO₂ auszustoßen, als das ohne sie der Fall wäre. Nichts von alledem wird uns allerdings auch nur ein Stückchen den tief greifenden Veränderungen näherbringen, die nötig sind, um den Klimawandel aufzuhalten. Diese hängen jedoch von der Bewahrung und Nutzung vielfältiger, nichtlinearer Ideen und Lösungsansätze ab.

Der Aktivist Boaventura de Souza Santos bezeichnet das Unvermögen, verschiedene Arten von Wissen anzuerkennen, als einen Akt von »kognitiver Ungerechtigkeit« oder »Epistemizid«, einen »erkenntnistheoretischen Mord«. Ein ökologischer Epistemizid (also die bewusste Zerstörung einer ganzen Vielfalt an ökologischem Wissen) setzt die Welt dem Risiko aus, eine große Bandbreite an Wissen, Weisheit und Praktiken zu verlieren, die uns helfen könnten, den multiplen Krisen, denen wir ausgesetzt sind, entgegenzutreten. Da sind zum Beispiel die verschiedensten Systeme von Agrarökologie, die oft zuguns-

ten von sogenannter »climate smart agriculture« (deutsch: »klimaintelligenter Landwirtschaft«), deren Auswirkungen meist ausschließlich in CO₂-Äquivalenten gemessen werden, ignoriert werden. Was ist also zu tun?

Die Verdrahtung unserer Gehirne hin zu einer neuen Messgröße geschieht nicht über Nacht. Es ist ein langfristiger Prozess. Ein metrisch ausgerichteter Geist benötigt eine ebensolche Mentalität, eine besondere Denkart für sich und eine Art und Weise, die Welt in Form von Zahlen zu verstehen. Unter der Dominanz von CO₂-Bilanzen werden neue Generationen nur eine CO₂-abhängige Welt – oder eines Tages vielleicht eine »low-carbon«-Welt kennen – eine sehr stark reduzierte Vision der Zukunft. Klügere und gedankenreichere Strategien brauchen auch eine andere Art des Denkens und Wissens sowie aktives Engagement dafür, die Räume für Alternativen zurückzufordern und zu bewahren.

Die in Paris unterzeichnete Klimavereinbarung verkörpert die Herrschaft von CO₂-Bilanzen und zementiert damit ein Muster, das gekommen sein könnte, um zu bleiben. Dieses Muster stellt ein weiteres Kapitel in der langen Geschichte der kapitalistischen Quantifikation dar und führt diese zu neuen Höhen, indem es einen sehr engen und selbstbegrenzenden Satz von Indikatoren in die immer problematischer werdende Debatte zur »Dekarbonisierung« einfügt. Dadurch werden die Aussichten auf fundamentale Veränderungen bezogen auf Klima in der Gesellschaft geringer – trotz der Tatsache, dass ein solcher Wandel der einzige Weg ist, die Herausforderungen des Klimawandels mit wirklicher Überzeugung anzugehen. ●

Camila Moreno ist Klimaaktivistin und Wissenschaftlerin an der Universität von Rio de Janeiro.

Zuerst erschienen in ak 642/
16.10.2018

Der Artikel erschien zuerst auf der Website von open democracy, später dann auf der der Heinrich-Böll-Stiftung. Diese Fassung erscheint zuerst in ak 642/16.10.2018

Die eigene Mast als Schlankheitskur erleben

In den imperialen Zentren sinken die Kohlenstoffemissionen. Doch der Konsum CO₂-intensiver Güter steigt

Von Alfred Kollmeier

CO₂-Abgabe/Steuer versus Emissionszertifikate: In der Debatte wird so getan, als ob CO₂ nur richtig zu bepreisen wäre, um dann einen sorgsamem Umgang mit Energie – oder auch ganzen Ökosystemen – zu gewährleisten. Als ob nicht die Versuche der letzten Jahrzehnte, etwa in der Schweiz oder Schweden gezeigt hätten, dass eine Bepreisung vielleicht eine gewisse Reduzierung der CO₂-Emissionen zur Folge hatte, diese aber zu gering ausfiel. Lag es an der Höhe der Abgabe? Lag es daran, dass allzu viele Emittenten allzu schonend behandelt wurden? Wenn hier von Bepreisung die Rede ist, so sind damit alle Steuern, Abgaben und Marktbewertungen gemeint, die bisher eingeführt wurden, um die CO₂-Emissionen mit einem Preis auszustatten, mithin CO₂ zur Ware zu machen. Das allgemeine Credo: Nur eine Sache, die etwas kostet, wird dazu führen, dass die Nutzer*innen sparsam damit umgehen. Das mag mitunter im kapitalistischen System den Nagel auf den Kopf treffen, bleibt aber im Zustand der Binsenweisheit stecken, wenn nicht zugleich die Schwelle genannt werden kann, ab der dieser Zusammenhang zutrifft und nicht zugleich untersucht wird, ob solcherlei Bepreisung nicht zum Gegenteil der

Absicht führt: nämlich die CO₂-Emissionen steigen zu lassen.

Emissionshandelssystem mit vielen Ausnahmen

Emissionszertifikate sollen verpflichtend von Emittenten gekauft werden, wenn diese CO₂ emittieren. Ist der Bedarf nach Zertifikaten hoch, weil die Konjunktur den Anlass dazu gibt, stehen sie auch im Kurs hoch. Die Krise 2009 ließ die CO₂-Emissionen sinken, weshalb sich zu viele Emissionszertifikate im Handel befanden. Das einzelne Zertifikat konnte also zum Spottpreis gekauft werden. Der Anreiz, CO₂-Emissionen einzusparen, war gering.

Aber selbst in Perioden der Konjunktur gilt: Das Emissionshandelskonzept der EU, es umfasst rund 45 Prozent aller CO₂-Emissionen, wimmelt von Ausnahmen für emissionsstarke Industriezweige, beispielsweise Zement und Aluminium. Einige Industrien in der EU erhalten einen Großteil der Emissionszertifikate, die sie brauchen, umsonst. Denn mussten sie für die Zertifikate zahlen, so wird befürchtet, dass sie ihre Produktion aus Kostengründen in Länder verlagern, in denen Emissionszertifikate billiger sind oder gar nicht anfallen. In solchen Fällen wird von »Carbon leakage« (Kohlendioxidverschiebung) gesprochen. Solche Dreckschleudern vor Ort zu halten, ist erklärtes Ziel der deutschen Regierung, die

dieselbe panische Angst vor der Deindustrialisierung hat wie die USA und andere OECD-Staaten.

Wird das bei CO₂-Abgaben plötzlich anders sein? Was soll eine CO₂-Abgabe im Vergleich zu Emissionszertifikaten Neues bringen? Die CO₂-Abgabe/-Steuer liegt in Frankreich bei 22 Euro pro Tonne, in Großbritannien bei 21, in Schweden bei 120 und in Kanada liegt sie bei ca. 14 Euro je Tonne. Das schwedische Beispiel scheint auf den ersten Blick das einer mutigen Avantgarde zu sein, ernüchert aber auf den zweiten Blick: Die wesentlichen energieintensiven Industrien zahlen sehr viel weniger Emissionssteuer. So wenig, dass sie konkurrenzfähige Produkte auf den Markt werfen können und nicht abwandern. Hier passiert also genau dasselbe wie bei der Vergabe von Emissionszertifikaten, die in einigen Staaten umsonst an bestimmte Industrien vergeben werden.

CO₂-Steuern: positive Beispiele mit Lücken

In der gegenwärtigen Debatte ist aufgefallen, dass Sektoren wie Wohnen und Verkehr in die Emissionsziele nicht oder zu wenig einbezogen sind. Das sollen sie nun – sei es mit einer Abgabe oder der Einbeziehung in den Emissionshandel. Doch es stellt sich die Frage: Warum soll durch Ausweitung der Bepreisung auf weitere Sektoren ein anderes Resultat herauskommen als bisher?

Es soll gar nicht bestritten werden, dass sich durch Bepreisung eine gewisse Lenkungswirkung beim Energieverbrauch erzielen lässt. Aber eine deutliche Verbrauchsminderung und ein Umlenken auf den Verbrauch anderer Stoffe, deren Konsum weniger CO₂-intensiv ist, wird jedenfalls nicht bei jenen 20 Euro pro Tonne CO₂ stattfinden, die derzeit Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) fordert. Und dann bedarf es eines hohen Preises in jedem Sektor, d.h. in der Industrieproduktion, beim Verkehr, beim Wohnen etc. Und eben nicht nur in der Energieerzeugung und nicht unter Ausklammerung der sogenannten Emissionsschleudern. Diese Ausklammerung findet aber im Falle Schwedens und anderer Staaten statt, die als Vorzeigemodell für die Wirksamkeit der CO₂-Abgabe gelten. Nun mag das in den Augen der jeweiligen Regierungen sinnvoll sein, weil der Emittent sonst in Staaten ohne CO₂-Abgabe abwandert und der Effekt der Emissionsreduzierung dann auf Null sinkt. Ärgerlich in den Darstellungen zur Leistungsfähigkeit der CO₂-Abgaben allerdings ist, dass solche Aspekte unter den Tisch gekehrt werden, um der Maßnahme selbst nicht den Glanz zu rauben.

Messung der Emissionen – aber wie?

Sowohl in den USA als auch in der EU sinken die CO₂-Emissionen – wird behauptet! Stimmt das? Genau diese Reduzierung relativiert sich, sobald das Messprinzip für Emissionen genauer betrachtet wird.

Pro Einwohner*in ist in den meisten Staaten der OECD die CO₂-Emission tatsächlich gesunken. Aber nicht, weil sich der kulturelle Habitus der Bevölkerung verändert hätte. Auch nicht, weil in einigen Staaten erneuerbare Energien die Führung in der Stromerzeugung übernommen hätten. Es kam zu massenhaften Auslagerungen emissionsintensiver Industrien in Staaten des Südens, die Investoren samt ihrem Kapital mit Steuerfreiheit, laxen Umweltgesetzen und billiger Arbeitskraft anlockten. Ganze Industrien sind umgezogen – Outsourcing –, und diese Umzüge hin-



Es ist zu massenhaften Auslagerungen emissionsintensiver Industrien in Staaten des Südens gekommen

terlassen in der Statistik ihre Spuren: Wo die emissionsintensiven Betriebe ausgelagert wurden, dort sanken die nach dem Territorialprinzip (auch Produktionsprinzip) berechneten CO₂-Emissionen. Das Territorialprinzip ist die international anerkannte Berechnungsgrundlage der CO₂-Emissionen, weil es den globalen Machtverhältnissen entspricht. Es misst die Emissionen am Ort und an der Quelle ihrer Entstehung. Würden aber die Emissionen nach dem Konsumprinzip berechnet, nach dem, was in den genannten Ländern tatsächlich an Energie und damit CO₂ durch selbst produzierte und importierte Gütern konsumiert wird, sähe es für einige Staaten ganz anders aus: So hat jede*r Einwohner*in Deutschlands 2011 nach dem Territorialprinzip der Messungen 13,2 Tonnen CO₂ emittiert, nach dem Konsumprinzip waren es 18,3 Tonnen.

Ein drastisches Beispiel ist Großbritannien, wo zwischen 1990 und 2008/09, dem Ausbruch der Krise, die nach dem Territorialprinzip berechneten Emissionen um 25 Prozent sanken und die nach dem Konsumprinzip um 27 Prozent stiegen. Die globale Wirtschaftskrise unterbricht zeitweilig den Verlauf der Steigerung konsumbasierter Emissionen und der Abnahme territorialbasierter Emissionen. Bis heute hat sich an diesem Trend nichts verändert.

Bepreisung führt zu steigenden Ausstößen

Was oftmals als Resultat erfolgreicher Bepreisung von CO₂ gefeiert wird, ist zu beträchtlichen Anteilen das Resultat von Kapitalexporten. Die Bepreisung der CO₂-Emissionen – ob in Form einer CO₂-Abgabe oder eines Emissionszertifikats – in den OECD-Staaten des Kapitalismus bewegt zwar etwas, aber zu wenig. Vor allem aber trägt sie dazu bei, dass

erstens die realen Dimensionen der Ursachen des Klimawandels kaschiert werden: Die Welt kommt mit dieser Art CO₂-Buchführung der beabsichtigten Absenkung der Emissionen nicht näher. Die in den OECD-Staaten sinkenden Emissionen werden von wachsenden Ausstößen in anderen Teilen der Welt ein- und überholt. Zurzeit wachsen die CO₂-Emissionen weiter!

Zweitens wird das Phänomen des sogenannten Carbon Leakage, die Verlagerung der CO₂-Emissionen in Regionen mit attraktiveren Kapitalverwertungsbedingungen, verstärkt. Die dort hergestellten Waren kehren als Importwaren in die OECD-Staaten zurück.

Und drittens trägt die Bepreisung dazu bei, die weltweiten CO₂-Emissionen weiter in die Höhe zu treiben, indem die steigenden konsumtiven Messwerte für CO₂-Emissionen hinter den sinkenden territorialen Messwerten verschwinden. Die imperialen Zentren importieren Konsumgüter und Produktionsmittel auf Kosten der Arbeitskräfte und der Umwelt in den Staaten der Peripherie, also dort, wohin die Kapitalexporte geflossen sind und die CO₂-Emissionen verlagert wurden. Der Kapitalismus im Zentrum erlebt seine eigene Mast als Schlankeitskur.

Schließlich fördert und legitimiert das praktizierte Territorialprinzip eine imperiale Lebensweise, die in wachsendem Maße Waren verbraucht, die unter hohem Energieeinsatz und mit geringem Wert der Arbeitskraft – oft in Staaten mit laxen Umweltgesetzen – gefertigt wurden. Die Orte dieses Geschehens liegen in Afrika, in der Ukraine, in China, in Südostasien, im Nahen Osten oder in Polen. In jedem Fall wirkt dieses Prinzip verstärkend auf die Erosion der sozialen und der ökologischen Lebensbedingungen überall, wo sich eine CO₂-intensive Grundstoffindustrie befindet und billige Arbeitskräfte Massengüter für die imperialen Zentren herstellen. ●

Alfred Kollmeier ist aktiv bei attac Mainz.

Zuerst erschienen in ak 650/18.6.2019

Einfach mal am Boden bleiben?

Warum Fliegen imperial ist, sich so wenig ändert und wie erste Schritte einer radikalen Transformation aussehen können

Von Maximilian Becker,
Tobias Kalt, Jonas Lage
und Anne Siemons

Die weite Welt entdecken, übers Wochenende Urlaub in der Sonne machen, entfernte Freund*innen besuchen – der Traum vom Fliegen ist weit verbreitet und weckt Sehnsüchte. Doch der wachsende Flugverkehr ist Teil einer imperialen Lebensweise, die zerstörerische Auswirkungen auf viele Menschen und die Biosphäre hat. So wird der Beitrag des zivilen Luftverkehrs zum Klimawandel auf rund fünf Prozent geschätzt, Tendenz stark steigend. (1) Obwohl zur Einhaltung des 1,5-Grad-Limits und zur Vermeidung noch größerer und unumkehrbarer Schäden an Mensch und Natur die globalen Treibhausgasemissionen in den nächsten Jahrzehnten drastisch sinken müssen, ist im Flugverkehr keine Trendwende in Sicht.

Im Gegenteil: Die Internationale Luftverkehrsvereinigung sagt voraus, dass sich der gesamte Flugverkehr allein zwischen 2016 und 2035 ungefähr verdoppeln wird. (2) Der internationale Flugverkehr ermöglicht eine globale, flexible Produktionsweise, die nicht nur den Klimawandel treibt, sondern auch auf ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen basiert. Aufgrund der Verringerung von Transportzeiten lohnen sich multinationale Produktionsketten und Just-in-Time-Produkti-

on, in denen harte, schlecht bezahlte und unsichere Arbeit im Globalen Süden die Produktion von Konsumgütern und deren billige Verfügbarkeit im Globalen Norden ermöglicht.

Warum Fliegen imperial ist

Fliegen ist exklusiv, weil nur ein geringer Teil der Weltbevölkerung daran teilhaben kann: Je nach Studie haben rund 80 bis 95 Prozent aller Menschen noch nie ein Flugzeug von innen gesehen. Nicht nur die finanziellen Möglichkeiten und der Zugang zu Flughäfen sind sehr ungleich verteilt, sondern auch die Erteilung von Visa. So konnten Europäer*innen im Jahr 2010 in durchschnittlich 62 Länder visumfrei einreisen, Bürger*innen des afrikanischen Kontinents hingegen nur in durchschnittlich 15 Staaten. Die negativen Auswirkungen des Transports durch die Luft spüren hingegen in erster Linie weniger privilegierte Menschen. In der Umgebung von Flughäfen sind es vor allem ärmere Viertel, die stärker unter Fluglärm und Schadstoffausstoß leiden, da dort die Einflugschneisen liegen.

Außerdem treffen die Auswirkungen des Klimawandels Menschen im Globalen Süden, die zu großen Teilen noch nie geflogen sind, stärker. Überdies werden Beschäftigte zahlreicher Billigfluglinien durch Scheinselbstständigkeit und fehlende Tarifverträge ausgebeutet. Negative Effekte sind also räumlich und zeitlich ausgelagert.

Gleichzeitig breitet sich die beschleunigte Mobilitätsform aus. Fliegen wird durch die Ausweitung von Flughäfen und Billigfluglinien für eine immer größere Anzahl an Menschen weltweit attraktiv und möglich – mit der Folge, dass sich die sozial-ökologischen Krisen verschärfen.

Warum fliegen wir immer noch?

Das Konzept der imperialen Lebensweise (3) will Erklärungen dafür liefern, warum sich trotz der zunehmenden globalen Ungerechtigkeiten keine zukunftsweisenden Alternativen unserer Fortbewegungsweise durchsetzen. Erstens machen tief verankerte Vorstellungen und Orientierungen Fliegen normal und erstrebenswert. Reisen mit dem Flugzeug sind in unseren Köpfen verbunden mit Freiheit, Flexibilität, Welterkundung, Wissenszuwachs, Bequemlichkeit, effektiver Erholung und Status. Beschleunigte Mobilität ist unabdingbar für eine Wirtschaftsweise, die auf Wachstum, das Erschließen neuer Märkte und technologischen Fortschritt ausgerichtet ist. Auch eine globalisierte, flexibilisierte Arbeitswelt erfordert ein großes Maß an Mobilität. Darüber hinaus tragen Scheinlösungen eines vermeintlich »grünen« Fliegens wie Offset-Mechanismen dazu bei, das Fliegen nicht zu hinterfragen.

Zweitens wird unsere derzeitige Mobilitätsweise abgesichert durch physisch-materielle Infrastrukturen wie den Aus- und Neubau von

Flughäfen, globale Produktionsketten und Handelswege, den Wegfall von Nachtzügen in Europa sowie den Interessen mächtiger Akteure (die weltweit größten Flugzeughersteller sind Rüstungsunternehmen).

Drittens stützen politische Institutionen den Flugverkehr und stabilisieren damit die imperiale Lebensweise. Allein für den Flughafen BER bürgen die Länder Berlin und Brandenburg sowie der Bund in Höhe von mindestens 6,5 Milliarden Euro. Die meisten kleineren Flughäfen sind nicht rentabel und verschlingen pro Jahr Millionen Steuergelder. In den Jahren 2010 bis 2013 lagen die öffentlichen Zuschüsse für die 30 deutschen Regionalflughäfen durchschnittlich bei 112 Millionen Euro. (4) Zudem tragen die fehlende Besteuerung von Kerosin und der fehlende institutionelle Schutz von Arbeitsrechten, insbesondere bei Billigfliegern, entscheidend dazu bei, dass Fliegen künstlich günstig gehalten wird.

Moralische Appelle greifen zu kurz

Wie vielversprechend ist es nun, auf die Einsicht von Vielflieger*innen zu hoffen, mit der Bahn von Köln nach Berlin zu fahren, anstatt zu fliegen und den nächsten Urlaub in Mecklenburg anstatt in Thailand zu verbringen? Der individuelle Verzicht aufs Fliegen ist aus sozial-ökologischer Perspektive unzweifelhaft eine richtige Entscheidung. Als politische Strategie greifen moralische Appelle an ein grünes Bewusstsein jedoch zu kurz. Individuelle Verhaltensänderungen lösen keine gesellschaftlichen Probleme – weder beim Fairen Handel noch beim Energiesparen. Es sind gerade Grünen-Wähler*innen, die am meisten fliegen. (5)

Die gesellschaftliche Problematisierung des Fliegens ist aber dennoch notwendig. Mitte November 2018 stellte der Olympiasieger Björn Ferry öffentlichkeitswirksam die Bedingung, nur als Kommentator für einen öffentlich-rechtlichen Sender im schwedischen Fernsehen zu arbeiten, wenn er zu den Sportereignissen in verschiedenen Ländern nicht fliegen, sondern mit der Bahn reisen darf. In der Folge bekannten

sich zahlreiche Menschen dazu, auf das Fliegen verzichten zu wollen und die Hashtags #flygskam (»Flugscham«) und #jagstannarpåmarken (»Ich bleib am Boden«) trendeten auf Twitter. Nun ist durch ein paar Tweets noch nicht viel gewonnen. Aber die Skandalisierung des Fliegens kann die gesellschaftliche Normalität einer hypermobilen Lebensweise infrage stellen und ihre imperialen Voraussetzungen sichtbar machen. Dies darf allerdings nicht auf individueller Ebene verhaftet bleiben, sondern sollte zur Politisierung beitragen und einen Einstiegspunkt darstellen, die Infrastrukturen und die Institutionen des imperialen Fliegens zu verändern.

Für eine solidarische Mobilitätsweise

Die Transformation von der imperialen zu einer solidarischen Mobilitätsweise muss politisch erkämpft werden. Dabei geht es unter anderem um den Kampf um gesellschaftliche Leitbilder, Vorstellungen von Freiheit, von notwendiger und erstrebenswerter globaler Vernetzung und von Statussymbolen. Salopp formuliert: Es wird erst dann attraktiver, am Boden zu bleiben, wenn es gesellschaftlich anerkannter ist, von einer Fahrradtour an der Ostsee zu erzählen als von einem All-Inclusive-Urlaub auf Sansibar. Vorstellungen eines guten Lebens sind immer gesellschaftlich durch politische und ökonomische Rahmenbedingungen sowie durch kulturelle Institutionen wie Werbung vermittelt, die das Fliegen günstig, normal und erstrebenswert machen. Der Wandel gesellschaftlicher Leitbilder ist also nicht primär auf individueller

Ebene zu gestalten, sondern bedarf Kämpfen auf allen politischen Ebenen.

Der hochsubventionierte Aus- und Neubau von Flughäfen muss gestoppt werden, wie es etwa Initiativen gegen die dritte Piste in Wien fordern. Eine radikale Reformpolitik würde Subventionen und die Steuerbefreiung von Kerosin streichen, Kurzstreckenflüge höher besteuern und Werbung fürs Fliegen verbieten. Gleichzeitig müssen sozial-ökologische Alternativen ausgebaut werden, indem beispielsweise der Verkehr durch einen öffentlichen, preisgünstigen, ökostrombasierten und europaweit gut ausgebauten Bahnverkehr auf die Schiene verlagert wird. Verstärkte regionale und lokale Produktionskreisläufe vermindern die Notwendigkeit von Gütertransporten und Geschäftsflügen.

In demokratischen Aushandlungsprozessen muss das Flugaufkommen unter Berücksichtigung der Umweltauswirkungen absolut reduziert und das verbleibende Flugkontingent solidarisch verteilt werden. Das bedeutet, nicht der Wochenendtrip nach Barcelona, sondern die Flucht vor Krieg und Gewalt muss einfach und schnell mit dem Flugzeug möglich sein. Progressive Flugpreise, bei denen Vielflieger*innen deutlich mehr zahlen müssen, wären ein erster Ansatz, das Flugaufkommen zu verringern, ohne dass Fliegen zu einem Luxusgut für Wenige wird. Dies können erste Schritte hin zu einer solidarischen Mobilitätsweise sein, die eine gerechte Befriedigung der Bedürfnisse aller ermöglicht und sich nicht an den Maximen des Höher, Schneller, Weiter orientiert. (6) ●

Anmerkungen:

- 1) Fahey, D.W.; Lee, D.S. *Aviation and Climate Change: A Scientific Perspective*. *Carbon Climate Law Review* 2016,10, 97-104.
- 2) IATA *Forecasts Passenger Demand to Double Over 20 Years*, Press Release, 18.10.2016.
- 3) Ulrich Brand/Markus Wissen: *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*. München 2017.
- 4) Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft: *Steuergelder für den Flughafen von nebenan*. FÖS-Paper, 2/2017.
- 5) Umweltbundesamt 2016: *Repräsentative Erhebung von Pro-Kopf-Verbräuchen natürlicher Ressourcen in Deutschland (nach Bevölkerungsgruppen)*, online unter: umweltbundesamt.de.
- 6) Siehe auch *Positionspapier der Initiative Stay Grounded*, online unter: stay-grounded.org.

Maximilian Becker, Tobias Kalt, Jonas Lage und Anne Siemons sind Teil des I.L.A. Schreibkollektivs (aufkostenanderer.org). Von dem Kollektiv erschien 2017 »Auf Kosten anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert« und 2018 »Das gute Leben für alle. Wege in die solidarische Lebensweise« (beide oekom-Verlag).

Zuerst erschien in ak Nr. 644/11.12.2018

Bitte keine Verzichtsdebatten

Eine linke Antwort auf nationale Abschottungspolitik muss die Ausbeutung anderer Länder kritisieren

Von Samuel Decker

Die neue deutsche soziale Frage ist nicht primär die Verteilung des Volksvermögens von unten nach oben«, sagte Björn Höcke auf einer AfD-Demo in Schweinfurt. Und der AfD-Fraktionsvorsitzende im Thüringer Landtag ergänzte: »Die neue deutsche soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist die Frage nach der Verteilung des Volksvermögens von innen nach außen.« Die Strategie der Neuen Rechten scheint klar: Das Bild eines Verteilungskampfes um knappe Ressourcen soll die Unzufriedenheit mit der neoliberalen Politik nationalistisch umdeuten. Anstatt Arbeitslosigkeit, Wohnungsmangel und zerfallende Infrastruktur einem Klassenkampf von oben anzulasten, werden soziale Probleme auf einen äußeren Feind projiziert. Es ist eben nicht genug für alle da – weder für Südeuropa noch für Geflüchtete.

Jede linke Antwort auf rechte Abschottungsrhetorik ist mit einem Dilemma konfrontiert: Zusätzlich zu klassenpolitischen Konfliktlinien gibt es reale Macht- und Ausbeutungsverhältnisse zwischen den Gesellschaften der Zentren und der Peripherie. Diese Konfliktlinie zu ignorieren und ein gemeinsames Interesse unterschiedlicher lohnabhängiger Gruppen einfach vorauszusetzen, wäre voreilig. Oskar Lafontaines Äußerung, man dürfe »bei der Hilfe für Menschen in Not das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit nicht außer Kraft setzen«, ist zwar krude, hat aber durchaus Strategie. Die

Abschottung nach außen wird akzeptiert, um nationale Verteilungskämpfe im Inneren in den Vordergrund zu rücken.

Die nationalistische Gegenüberstellung von Innen und Außen moralisch einfach umzudrehen, wie Stephan Lessenich in seinem Buch »Neben uns die Sinflut« es nach dem Motto »Der Norden lebt auf Kosten des Südens« versucht, ist jedoch ebenfalls verkürzt. Der Kapitalismus ist sowohl durch den strukturellen Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital als auch durch den imperialen Zugriff auf ein »Äußeres« gekennzeichnet. Eine linke Strategie müsste beidem Rechnung tragen bzw. beide Kampffelder organisch miteinander verbinden. Das Konzept der »imperialen Lebensweise« (lies: imperiale Produktions- und Lebensweise) bietet dafür Ansatzpunkte.

Ausgebeutet werden und ausbeuten lassen

Lebensweise meint hier nicht einfach Konsum oder den privaten Lifestyle. In Anlehnung an Antonio Gramsci ist die Lebensweise ein wesentliches Element in der Reproduktion kapitalistischer Gesellschaften. In der Art zu wohnen, sich zu ernähren, zu kleiden, sich fortzubewegen, Energie, Technologie (s. Seite 15) und Infrastrukturen zu nutzen, im Zugriff auf Massenmedien und kulturelle Angebote, in Ausbildungsverhältnissen, im Sorgebereich (s. Seite 16) und natürlich am Arbeitsplatz – überall reproduzieren sich nicht nur individuelle Existenzen und Einstellungen, sondern auch ökonomische Verhältnisse.

Diese umfassende Durchdringung von Produktions- und Lebensweise hat sich seit Ende des 19. Jahrhunderts kontinuierlich herausgebildet und kapitalistische Verhältnisse Stück für Stück normalisiert.

Gramsci arbeitete den Zusammenhang von Produktions- und Lebensweise am Begriff des »Fordismus« heraus. Mit der Durchsetzung der standardisierten Massenproduktion in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden die Kaufkraft und die Lebensweise der Lohnabhängigen zur Triebkraft kapitalistischen Wachstums. In den ehemaligen Kolonialmächten Westeuropas, Japan sowie in Nordamerika entstand eine Mittelschicht, die zwar in die Arbeits- und Konsumnormen des Fordismus gezwängt wurde, jedoch in zuvor nicht dagewesenem Ausmaß am kapitalistisch produzierten Warenreichtum teilhaben konnte. Der »Wohlstand für Alle« (Ludwig Erhard) basierte dabei auf dem billigen Zugriff auf die Arbeitskraft und die Ressourcen in den noch bestehenden oder in neue Abhängigkeitsverhältnisse gedrängten ehemaligen Kolonien. Frauen und nicht-weiße Bevölkerungsteile wurden – auch formell – benachteiligt und unterdrückt. Die Bedingungen profitabler Produktion wurden ausgelagert und ihre Früchte wurden ungleich verteilt – sowohl innerhalb als auch zwischen Gesellschaften.

Mit der Internationalisierung der Produktion seit den 1970er Jahren entstand ein neuer Klassenkompromiss. Löhne stagnierten, Sozialleistungen sanken, doch neue massenhafte Konsumgüter – nicht selten finanziert durch Kreditschulden – er-

oberten den Markt. Sie basieren auf verschärfter Ausbeutung und Landnahmen in den Peripherien der früh-industrialisierten Länder. Gleichzeitig entstanden neue Mittel- und Oberschichten in aufstrebenden Ökonomien, die im Zuge der neoliberalen Globalisierung in transnationale Wertschöpfungsketten eingebunden wurden (etwa die BRICS-Staaten). Auch dort wollen Menschen Haushalts- und IT-Geräte benutzen, Auto fahren, in Urlaub fliegen, Fleisch essen und günstige Klamotten kaufen – wenn sie es sich leisten können. Die Ausbreitung der imperialen Lebensweise in diesen Ländern »macht die Ausweitung des Kapitalismus für immer mehr Menschen so attraktiv«. (1) Trotzdem basiert die imperiale Lebensweise nicht auf Freiwilligkeit. Es handelt sich um eine »Produktions- und Lebensweise, die strukturell den Menschen aufgezwungen wird und die ihnen gleichzeitig unter den gegebenen Bedingungen erweiterte Lebens- und Handlungsspielräume gibt.«

Die imperiale Lebensweise beschreibt einen komplizierten Sachverhalt: Die Gesellschaften der früh-industrialisierten Länder und zunehmend auch die urbanen Mittel- und Oberschichten der aufstrebenden Ökonomien sind Teil einer ausbeuterischen Struktur. In ihr werden sie als Lohnabhängige teilweise selbst ausgebeutet, profitieren aber auch (in unterschiedlichem Ausmaß) davon, dass Arbeits- und Umweltkosten auf andere ausgelagert werden – auf andere in den eigenen Gesellschaften, insbesondere aber auf Menschen und Biosphäre im globalen Süden.

Es geht nicht um Nord gegen Süd

Um aus dieser Analyse eine politische Strategie abzuleiten, müssen wir den Ambivalenzen und Ausbeutungsverhältnissen innerhalb der imperialen Lebensweise im globalen Norden mehr Beachtung schenken als bisher. Wie oben bereits erwähnt, kann der Kapitalismus weder auf das Klassenverhältnis noch auf den imperialen Zugriff auf ein Äußeres reduziert werden. Beide Dimensionen durchdringen sich wechselseitig. Studien widersprechen dem Kli-

schee von armen Haushalten, die in Massen billige und sozial-ökologisch verwerfliche Produkte konsumieren. Konsum und damit der imperiale Zugriff auf Arbeit und Natur andernorts wächst mit dem Einkommen. Es ist ein Unterschied, ob ein Haushalt sich kein Auto oder zwei Autos leisten kann, ob jemand einmal im Jahr oder über zehnmal fliegt, ob sich jemand diverse technische High-End-Geräte anschaffen oder seine Stromrechnung nicht mehr bezahlen kann. Zudem ist Konsum eine Quelle von Statusgefühl und Sinn innerhalb der entfremdenden Welt der Lohnarbeit. »Die allgemeine Forderung ›weniger wachsen, weniger konsumieren‹ ist klassenblind«, schlussfolgern Mario Candeias und Anne Steckner. (2)

Genauso wenig, wie der Konsum einfach eine Frage der Moral ist, sind hiesige Produktionsverhältnisse nur eine Frage des ökonomischen Status. Prekäre Jobs, die auch durch transnationale Wertschöpfungsketten entstehen – etwa im Logistik- oder Pflegebereich – werden häufig von migrantischen oder weiblichen Arbeitskräften erledigt. Fragen der (globalen) Gerechtigkeit, Anerkennung und Gleichberechtigung entstammen also keiner vermeintlich Wirklichkeitsfremden Identitätspolitik, sondern sind mit Auseinandersetzungen um Lohnarbeitsverhältnisse und Sozialleistungen verknüpft. (3)

Und schließlich sind auch Gutverdienende und durch ihren Status privilegierte Lohnarbeitende nicht einfach nur Nutznießer_innen der imperialen Lebensweise. Die Arbeits- und Konsumnormen der hiesigen Gesellschaften stiften eine vergiftete Art des Wohlstands, der auf Zeitmangel, Stress, Konformismus, Flexibilität, sozialer Armut und Selbstidentifikation durch Arbeit, Konsum und Geschlecht basiert. Die große Leistung des Konzepts der imperialen Lebensweise ist es, darauf aufmerksam zu machen, dass Ausbeutungsverhältnisse zwischen Nord und Süd und innerhalb unserer Gesellschaften in der Lebensweise zusammenfließen und dort auch gemeinsam politisiert werden können. Es würde darum gehen, entlang der Kette von der Rohstoffgewinnung über die Produktion von Vorprodukten, Trans-

port und Logistik bis hin zur Produktion und den Arbeitsverhältnissen sowie der Lebensweise und dem Konsum in den Zentren gemeinsame Interessen sichtbar zu machen und Kämpfe miteinander zu verbinden.

Wie sieht eine solidarische Mobilität aus, in der Innenstädte lebenswert und gesund sind, Menschen nicht ausgegrenzt werden und Produktionsstrukturen nachhaltig, fair und nach den Interessen der Arbeitenden gestaltet sind? Wie wäre es mit einer Tobin-Tax für den Flugverkehr, indem die Kosten für Flugreisen ab einer bestimmten Kilometerzahl in die Höhe schnellen? Wäre Arbeitszeitverkürzung nicht im Interesse sowohl von Arbeiter_innen als auch von Postwachstums-Interessierten? Warum sollten Lohnabhängige in Fleischfabriken, Anwohner_innen, Tierrechtler_innen, an einer guten Ernährung Interessierte und vom Billigfleisch-Export Betroffene im Süden nicht ein gemeinsames Interesse an der Überwindung des Status Quo haben? Könnten Vertreibungen durch Palmölplantagen, die Arbeitsbedingungen in den Ölmühlen und die Überwachung und schlechten Arbeitsbedingungen im Supermarkt nicht aufeinander Bezug nehmen? Könnten Beschäftigte in Industrien, die andernorts soziale Kosten produzieren, nicht an Möglichkeiten der Konversion und Demokratisierung der Produktion interessiert sein?

Konkrete Transformationspolitik

Die Antwort auf die Ausbeutungsverhältnisse zwischen Nord und Süd ist weder der moralische Zeigefinger noch National-Keynesianismus für die heimische Arbeiterklasse. Die Antwort ist eine konkrete Transformationspolitik, die an der Lebensweise und dem (Arbeits-)Alltag der hier lebenden Menschen ansetzt und aufzeigt, wie andere Produktions- und Nord-Süd-Verhältnisse etwas Gutes sein könnten. Dazu müssen die soziale und die ökologische Frage, die wachstums- und die kapitalismuskritische Linke endlich näher zusammenrücken und breite Bündnisse für konkrete Transformationsprojekte in vielen Lebens-

bereichen bilden. Sorge, Gesundheit, Ernährung, Wohnen, Mobilität, Digitalisierung, Energie, Kleidung, Bildung, Medien, Kultur, Sexualität, Finanzen – in all diesen Lebensbereichen fließen Fragen der Anerkennung, des sozialen Status, der Verteilung sowie der Produktionsverhältnisse zusammen – und zwar quer zu nationalen Grenzen.

Es wird deutlich, dass weder Identitäts- noch Klassenpolitik geeignete Begriffsstützen sind, um der Herausforderung einer konkreten Transformationspolitik nachzukommen. Wie Alex Demirovic richtig ausgeführt hat, steht »Klassenpolitik vor der Herausforderung, nicht nur die Arbeit, sondern alle Aspekte der Lebensweise, der klassenspezifischen Praktiken der verschiedenen Gruppen der Lohnabhängigen in den Blick zu nehmen.« Entscheidend sei, fährt er fort, »welcher Aspekt des Lebens der ArbeiterInnen ihre Probleme zusammenfasst und repräsentiert, in welchem Symbol, welcher Frage, welchem Thema sie sich, ihre Probleme und Handlungsperspektiven wiedererkennen.« Es gehe also nicht um den kleinsten gemeinsamen Nenner, sondern darum, welche Themen, Konflikte, Entwicklungen zu einem Symbol für die vielen Probleme einer krisenhaften, verfehlten gesellschaftlichen Entwicklung und für die eigene ausgebeutete und beherrschte Lebenssituation werden. (4) Der (vermeintliche) Widerspruch zwischen Klassen- und Identitätspolitik müsste also zugunsten einer radikalen Reformpolitik aufgelöst werden, die verständliche und doch weitreichende Forderungen mit einem konkreten Organisationsangebot verbindet. Das wird die einzige Strategie sein, wie reale Gegenmacht zur Politik der Abschottung der imperialen Lebensweise langfristig herausgebildet werden kann.

Politik in der Abstiegs-gesellschaft

Das ist natürlich einfacher gesagt als getan. Eine konkrete Transformationspolitik ist voller Widersprüche und Unmöglichkeiten. Wenn Jobs an die strukturelle Überlegenheit der deutschen Ökonomie in der europäischen Integration und der

Globalisierung geknüpft sind, verspricht eine Veränderung auf den ersten Blick nichts Gutes, sondern noch mehr Unsicherheit. Die Attraktivität der imperialen Lebensweise und die Komplexität solidarischer Erklärungsmuster (im Gegensatz zu nationalistischen) sind real. Der Sexismus und Rassismus, der in nicht-akademischen Milieus manchmal besonders augenfällig ist, und die ausschließenden Verhaltensmuster und Codes, die in der linken Szene teilweise zum guten Ton gehören, sind ebenso real. Gemeinsame Interessen und Kämpfe, etwa zwischen Beschäftigten des Automobilsektors, Postwachstums-Interessierten und Kapitalismuskritiker_innen, können nur in Form von Kompromissen und zeitlich begrenzten strategischen Allianzen zustande kommen.

Doch in den nächsten Jahrzehnten werden die Folgen der imperialen Produktions- und Lebensweise in Form von Abschottung, Terroranschlägen, Überwachung, erzwungener Migration und der Zerrüttung der Biosphäre auch im globalen Norden immer spürbarer werden. Ganze Industriezweige, die auf der Globalisierung und der billigen Ausbeutung des Südens basieren – etwa die Automobilindustrie –, werden in eine strukturelle Krise geraten. Die Abwicklung des neoliberalen Empires, der Aufstieg kapitalistischer Großmächte im globalen Süden und die öko-imperialen Spannungen zwischen unterschiedlichen Weltregionen bergen ungeheures Konfliktpotenzial. Denn diese werden jeweils versuchen, die Voraussetzungen der imperialen Lebensweise auszulagern. In den Abstiegs-gesellschaften des globalen Nordens wird der Kampf für andere Nord-Süd-Verhältnisse mehr und mehr ein Kampf um die materiellen Interessen der hier Lebenden.

Zuerst
erschieden
in ak 634/
23.1.2018

Anmerkungen:

- 1) www.sozialismus.de/detail/artikel/imperiale-lebensweise-moderisierung-oder-ueberwindung-von-herrschaft/
- 2) www.zeitschrift-luxemburg.de/geiz-ist-gar-nicht-geil-ueberkonsum-weisen-klassen-und-kritik/
- 3) www.neues-deutschland.de/artikel/1071703.die-linke-migration-und-die-klasse-es-geht-nicht-um-wagenknecht-es-geht-um-die-zukunft-linker-politik.html
- 4) www.sozialistische-linke.de/politik/debatte/1106-die-zumutungen-der-klasse-

Es geht nicht um Verzicht

Die entscheidende Frage ist, wie diese anderen Nord-Süd-Verhältnisse aussehen werden. Bisher ist es die neue Rechte, die darauf eine Antwort gibt. Durch ein reales Politikangebot und eine emotional erfahrbare Erzählung – Mauern hoch, zurück zur Nation als Volk – wird sie zu dem geschichtlichen Akteur, der an globalhistorischen Entwicklungen ansetzt und ihnen eine politische Richtung gibt. Wenn die Linke ihrerseits eine politische Perspektive anbieten will, muss sie an der imperialen Lebensweise ansetzen und aufzeigen, wie eine solidarische Produktions- und Lebensweise etwas Gutes sein könnte. Dazu muss mit dem Verzichtsdiskurs, das in Ansätzen der »sozialökologischen Transformation« oder »Postwachstumsgesellschaft« teilweise zum Vorschein kommt, gebrochen werden. Die Strategie, den materiellen Lebensstandard im globalen Norden abzusenken, ist – für sich allein genommen – »eine Sackgasse« (Oliver Pye).

Stattdessen müsste ein besseres Leben für die großen Mehrheiten der Gesellschaften in Nord und Süd die zentrale Zukunftsvision darstellen. Dazu bedarf es einer anderen Vorstellung (und Praxis) von Wohlstand, die nicht auf möglichst ausgedehntem materiellen Konsum basiert, sondern auf gesicherter Grundversorgung, Bildungsmöglichkeiten, sozialer Gleichheit, Zeit und Lebensqualität, Kooperation, sozialer Freiheit und angenehmen Naturverhältnissen. Diese Gegenerzählung eines »Guten Lebens für Alle« in konkreten Konflikten, übergreifenden Transformationsprojekten und langfristigen Utopien sichtbar zu machen, ist die zentrale Herausforderung der nächsten Jahrzehnte. So könnten Interessen und konkrete Auseinandersetzung unterschiedlicher lohnabhängiger Gruppen in Nord und Süd langfristig Teil eines globalen, transformativen Projekts werden. ●

Samuel Decker hat unter anderem an der Studie »Die G20 und die Krise des Globalen Kapitalismus« für die Rosa-Luxemburg-Stiftung mitgewirkt. Als Aktivist ist er in sozialen Bewegungen aktiv.

Kämpfe um das globale Thermostat

Eingriffe in das Klimasystem bedeuten mehr Macht für das Militär und bergen geopolitische Risiken

Von Manuel Kreutle

Unter Klimaforscher_innen besteht de facto Einigkeit: Schon jetzt sind gravierende Folgen der durch die menschlichen Treibhausgasemissionen verursachten Klimaveränderungen spürbar. Und zukünftig droht durch den Anstieg der globalen Mitteltemperatur noch Schlimmeres: Hitzewellen, Dürren, ein Anstieg des Meeresspiegels und die Versauerung der Ozeane. Diese Umweltfolgen ziehen sozio-ökonomische und geopolitische Konsequenzen nach sich, die zu neuen Konflikten führen können. Die vom International Panel on Climate Change (IPCC, dt. Weltklimarat) vorgeschlagenen Antworten darauf lauten: Reduktion der Emissionen, Anpassung an veränderte Klimabedingungen, und 2014 wurde erstmals das sogenannte Climate Engineering (CE) vorgeschlagen. Damit gemeint sind Eingriffe in das Klimasystem durch Technologien, die beispielsweise gezielt große Mengen von Treibhausgasen aus der Atmosphäre entfernen (engl. Greenhouse gas removal/GHG removal) oder mehr Sonnenstrahlung zurück ins

All reflektieren sollen (Sonnenstrahlungs-Management; engl. Solar radiation management/SRM).

Neue »Schurkenstaaten«

Aller Voraussicht nach würde Climate Engineering das politische Konfliktpotenzial deutlich erhöhen. Dabei dürfte vor allem die Form, aber auch die Art des Einsatzes ausschlaggebend sein. So ist neben einem international koordinierten Einsatz auch eine Anwendung durch einzelne oder einer kleinen Gruppe von Staaten denkbar – obwohl damit vermutlich internationales Recht gebrochen würde. Bei einem international koordinierten Einsatz würden die regional unterschiedlichen Auswirkungen und potenziellen Nebenfolgen eines Eingriffs ins Klimasystem eine große Herausforderung für den politischen Entscheidungsprozess bedeuten. So muss beim Aushandeln eines für alle Staaten akzeptablen Einsatzniveaus ein »Zielklima« festgelegt werden, das heißt, ein zwischenstaatlicher Konsens über die angestrebte Klima- bzw. Temperaturänderung wäre auszuhandeln. Ein einfaches »Zurück auf das vorindustrielle Niveau« könnte scheitern, da manche Staaten von einem veränderten Klima profitieren könnten.

Durch negative Nebeneffekte wie etwa regional verschiedene Veränderungen der Niederschlagsmuster wird es immer »Gewinner« und »Verlierer« geben – sowohl auf internationaler als auch auf innerstaatlicher Ebene. Bei einem international koordinierten Einsatz bräuchte es also ein finanzielles Ausgleichssystem zur Entschädigung unerwarteter Nebenfolgen.

Erschwerend kommt hinzu: Der Zusammenhang zwischen CE-Maßnahmen und schädlichen Ereignissen ist nicht immer eindeutig nachweisbar und könnte Querelen und internationale Spannungen mit sich bringen. Denkbar ist, dass sich derartige gegenseitige Schuldzuweisungen zwischen geopolitischen Kontrahenten zu einem Informationskrieg ausweiten. Im Streit um einen internationalen Konsens könnten einzelne Staaten, die die Mehrheitsmeinung nicht mittragen wollen, auch als »Schurkenstaaten« diskreditiert und isoliert werden. Die Mehrheitsstaaten könnten versuchen, ein Regime zu etablieren, das die CE-Maßnahmen durchsetzt. An all den genannten Streitfragen kann ein zuvor ausgehandelter Konsens zerbrechen oder eine Konsensbildung von vornherein scheitern.

Die Gefahr besteht, dass innerstaatliche Dynamiken und Konflikte zur Aufkündigung eines zuvor vereinbarten Konsenses führen. Eine Eskalationsdynamik hin zu uni- oder multilateralen CE-Anwendungen wäre die Folge.

Staaten mit ähnlichen Interessen könnten sich angesichts der Schwierigkeiten, eine internationale Einigung zu erzielen, dazu veranlassen, ein »Klima der Willigen« zu schaffen, das heißt Climate Engineering ohne internationale Abstimmung, einzusetzen. Die Folge wären Spannungen zwischen Einsatzstaaten und Nicht-Einsatzstaaten, deren Situation sich durch einseitige CE-Maßnahmen verschlechtert. Letztere könnten mit diplomatischen Mitteln, Wirtschaftssanktionen oder militärischer Gewalt dagegen vorgehen. Sogar das Erhöhen von Emissionen zum Gegensteuern wäre denkbar. In einem solchen Streit könnten die zuvor angesprochenen »Schurkenstaaten« zur Durchsetzung ihrer Interessen auch versuchen, mit einer zerstörerischen CE-Anwendung zu drohen.

Ziel einer wie auch immer gearbeteten Intervention zur Verhinderung einer CE-Anwendung könnte dann die kritischste Stelle des CE-Gefüges sein: die Infrastruktur. Sie ist für die Umsetzung entscheidend und dadurch auch am anfälligsten. Wirtschaftssanktionen könnten auf wichtige zur CE-Umsetzung benötigte Ressourcen (z.B. Schwefeldioxid) abzielen. Nicht unwahrscheinlich auch, dass die Infrastruktur ein interessantes militärisches oder terroristisches Ziel abgibt oder unter genau diesem Vorwand militärisch gesichert wird. Sie könnte sogar direkt unter militärischer Kontrolle stehen, indem zum Beispiel Aerosole durch Militärflugzeuge ausgebracht werden.

Eine unilaterale Anwendung könnte aber auch in Form eines militärischen Einsatzes geschehen oder als solche bewertet werden. Staaten könnten Climate Engineering vorgeblich aus zivilen Erwägungen einsetzen, andere aber darin eine Aggression sehen. Entsprechende feindselige Anwendungen sind durchaus denkbar: durch Ozeandüngung gezielt Fisch-



Mit Climate Engineering besteht die Gefahr einer weiteren Militarisierung des Klimas.

bestände angreifen, durch gezieltes Erhöhen des Anteils an Aerosol-Partikeln in der Stratosphäre Dürren provozieren oder vielleicht sogar durch SRM eine signifikante Reduktion der Leistung von Solarkraftwerken und -anlagen erreichen.

Stabilisierung ausbeuterischer Naturverhältnisse

Bislang ist bei großen geopolitischen Akteuren in unterschiedlichem Ausmaß ein Interesse an Handlungsmöglichkeiten erkennbar; an Climate Engineering wird durch die Bank geforscht. Während manche Staaten mit einer Anwendung offen liebäugeln, geht es anderen darum, Folgen abschätzen zu können und sich eine Handlungsoption offenhalten zu wollen – falls ein anderer Staat Climate Engineering anwenden sollte. Das fundamentale Problem dabei ist jedoch die häufig gemachte Beobachtung: Eine entwickelte Technologie wird von Akteuren, die sich davon einen Vorteil versprechen, auch eingesetzt werden.

Im Fall einer Anwendung von CE zeichnet sich aus naturwissenschaftlicher und geopolitischer Perspektive eine Aufteilung in »Gewinner« und »Verlierer« ab – vermutlich entlang des bekannten Nord-Süd-Gefälles. Dann würden sich bestehende zwischen- und innerstaatliche Konflikte verstärken und neue Konflikte geschaffen werden. Es drohen Wettkämpfe um Ressourcen sowie Konflikte um negative Folgen oder um die Kontrolle des regionalen Klimas. Die zentrale Rolle der CE-Infrastruktur hätte zur Folge, dass diese militärisch geschützt oder gleich durch das Militär betrieben werden müsste. Dass Staaten eine CE-Anwendung als militärische Aggression auslegen könnten ist denkbar; sie könnte vielleicht auch mit genau dieser Absicht durchgeführt werden.

Mit der Erwägung von Climate Engineering besteht also die Gefahr einer weiteren Militarisierung des Klimas. Ein durch geopolitisches Ränkespiel festgelegte Zielklima, würde durch das Militär geschaffen und verteidigt werden. Da bei der Entwicklung und Umsetzung auf große und staatsnahe Konzerne der Finanzwirtschaft, der Hightech- und Biotech-Industrie zurückgegriffen werden wird, dürfte dies zu einer entsprechenden Reproduktion und Transformation militärisch-industrieller Machtstrukturen führen.

Des Weiteren zeichnet sich in der Diskussion um Climate Engineering eine Marginalisierung der Bewegungen und Kämpfe für Klimagerechtigkeit ab. Staatlich entwickelte großtechnische Lösungsansätze entlassen Menschen auf individueller wie gesellschaftlicher Ebene aus der Verantwortung, damit aber auch aus ihrer Mitsprache- und Mitwirkungsfähigkeit.

Alleine die Tatsache, dass Climate Engineering als klimapolitische Handlungsoption in Betracht gezogen wird, zeigt eine bedeutende Krux auf. Der Lebensstil, der den Klimawandel hervorgerufen hat, soll mit althergebrachten Mitteln gegen den Klimawandel verteidigt werden – »business as usual«. Durch eine Restabilisierung ausbeuterischer gesellschaftlicher Naturverhältnisse und eine Marginalisierung von Bottom-Up-Prozessen eröffnen sich weitere Dimensionen von Macht. Climate Engineering bedeutet mehr Profit und Wachstum für das klimawandelverursachende Kapital und neue Handlungsoptionen für das Militär mitsamt der entsprechenden Eskalationsdynamik. ●

Manuel Kreutle arbeitet am Zentrum für Naturwissenschaften und Friedensforschung und beim Forschungsprogramm »Climate, Climatic Change, and Society« der Universität Hamburg. Ausführlich mit dem Thema beschäftigt hat er sich in der Publikation »Klimainterventionen und Geopolitik. Die Gefahr der Militarisierung des Klimas« der Informationsstelle Militarisierung (www.imi-online.de).

Zuerst erschienen in ak 646/19.2.2016

Aus der Armut gegraben

In Ecuador ist die Linke hin- und hergerissen zwischen dringendem Entwicklungsbedarf und den Folgen des Ressourcenabbaus

Von Thea Riofrancos

Am 8. März 2012 machten sich einige Hundert Demonstrant_innen aus Panguí, Ecuador, einer Stadt in der Nähe der riesigen Kupfermine El Mirador im südöstlichen Amazonasgebiet, auf den Weg. Die Demonstrant_innen zogen kreuz und quer durch die südlichen Anden, wo weitere Minen in den Hochmooren geplant waren. Zahlreiche Menschen aus dem nördlichen Amazonasgebiet schlossen sich an. Als sie nach 700 Kilometern Quito, die Hauptstadt Ecuadors, erreichten, war die Zahl der Marschierer_innen auf 25.000 gewachsen.

Die Demonstrant_innen waren nach Quito gelaufen, weil dort jener Komplex aus Wirtschaftsinteressen, demokratischer Legitimität und militärischer Unterdrückung behemtet ist, der das Fördermodell des Landes am Laufen hält. Sie waren Vorreiter_innen jener Bewegungen gegen die rücksichtslose Rohstoffausbeutung, den sogenannten Extraktivismus, die in den letzten Jahren überall auf der Welt den Kampf gegen Fracking, Ölpipelines und

Umweltverschmutzung aufgenommen haben. Naomi Klein nennt diese Politik »Blockadia«. Die »Barrikaden der Blockadia« würden nicht nur gegen die sozialökologische Zerstörung errichtet, sondern auch, um die demokratische Kontrolle über die natürlichen Bedingungen unserer Existenz zu fordern. Am wichtigsten aber sei, dass die Bewegungen mit ihrem Kampf gegen die Gewinnung fossiler Brennstoffe auch den Klimawandel bremsen könnten.

Besonders in Südamerika traten solche Bewegungen auf den Plan – zu einem Zeitpunkt, als ein Boom der Rohstoffpreise die Region prägte. Als die Linke Anfang der 2000er Jahre in Venezuela, Ecuador, Brasilien und Bolivien an die Macht kam, verstaatlichte sie wichtige Wirtschaftszweige, reduzierte die Armut, verbesserte das Gesundheits- und Bildungssystem, demokratisierte den Staat und bezog Gruppen ein, die lange von politischen Entscheidungen ausgeschlossen waren.

In den letzten Jahren haben indigene und ökologische Gruppen eine entgegengesetzte Haltung eingenommen. Eine postextraktive Öko-

nomie – nicht die Vergesellschaftung der Extraktion – ist ihre Vision. Am intensivsten wurde dieser innerlinke Kampf in Ecuador geführt. Indigene Gruppen, die den Weg für den Aufstieg von Rafael Correa und seiner Alianza PAÍS im Jahr 2006 ebnet hatten, brachen mit der Regierung, die von Januar 2007 bis Mai 2017 amtierte. Sie verbanden den Anspruch auf territoriale Souveränität mit einem radikalen Umweltschutz, der sich energisch gegen neue Förderprojekte wandte.

Ressourcennationalismus

Ecuador ist seit Jahrzehnten von Ölförderung und -export abhängig. In den frühen 1970ern, inmitten des globalen Ölbooms, förderte die Militärregierung Rodríguez Lara eifrig neu entdeckte Ölreserven; sie sah sie als antiimperialistischen Weg zu wirtschaftlicher Entwicklung. Die Junta gründete eine staatliche Erdölgesellschaft, investierte in heimische Industrien und verteilte Land um.

Die Armut ging zurück, der Lebensstandard stieg. Sinkende Ölpreise und die Gegenmaßnahmen ausländischer Ölgesellschaften setzten dem Modell jedoch bald ein

Ende. Obwohl das Experiment des Ressourcennationalismus nur von kurzer Dauer war, hinterließ es das immer wiederkehrende Bestreben, dem ausländischen Kapital die Herrschaft über das Öl zu entreißen und mit dem Rohöl ein nationales Entwicklungsprojekt zu begründen.

Mit dem Einzug des Neoliberalismus in den frühen 1980ern wurde dieser Ansatz zunächst begraben. Eine Reihe von Regierungen, die Investitionen aus dem Ausland anlocken wollten, senkten die Steuern, reduzierten die Umweltauflagen und erteilten neue Konzessionen für Abbauverträge. Als Reaktion darauf entwickelte eine breite Koalition – allen voran die nationale indigene Föderation (CONAIE), Ölarbeitergewerkschaften und eine Dachorganisation der sozialen Bewegungen – einen neuen radikalen Ressourcennationalismus.

Die Koalition und ihre Ideologie waren von den sozialen Konflikten der Zeit geprägt. Die CONAIE war zugleich eine soziale Bewegung der indigenen Bevölkerung und ein zentraler Akteur in einem breiteren Block der Unterdrückten, der gegen einen rassistischen Staat kämpfte. Soziale Konflikte sahen sie als Kampf zwischen »dem Volk« oder »den Armen« und »der Oligarchie«. Ressourcen, die von ausländischen Unternehmen in Absprache mit der einheimischen Bourgeoisie gestohlen wurden, bezeichnete CONAIE als das rechtmäßige Eigentum des Volkes. Für sie war das Problem nicht die Extraktion oder der Export, sondern dass die Einnahmen in private Kassen flossen, was Armut und Unterentwicklung zur Folge hatte.

Auch die Ölarbeiter waren Schlüsselarchitekten des Ressourcennationalismus. Ab Mitte der 1990er organisierte die Ölarbeitergewerkschaft (FETRAPEC) mehrfach Streiks und Demonstrationen gegen den privatwirtschaftlichen Bau oder die Privatisierung von Pipelines.

Anfang der 2000er Jahre wurde ein Fördervertrag mit Occidental Oil zu einem weiteren Brennpunkt der Auseinandersetzung. Im August 2005 begann ein achttägiger Ölstreik in den Amazonasprovinzen



Ecuador ist seit Jahrzehnten von Ölförderung und -export abhängig.

Orellana und Sucumbíos. Streikende besetzten Flughäfen, Straßen und Ölquellen. Sie forderten die Verstaatlichung von Öl und bestanden darauf, dass keine Ölverträge mehr ohne Zustimmung der Amazonasgemeinden abgeschlossen werden sollten. Am 15. Mai 2006 kündigte die Regierung Palacio den Vertrag mit Occidental.

Während sich die Ölförderung weiter ausdehnte, nahm eine neue Form des Widerstands immer deutlicher Gestalt an. Indigene Aktivist_innen erweiterten ihre Opposition gegen einzelne Ölgesellschaften um eine Kritik am ölbasierten Entwicklungsmodell insgesamt. Nach Jahrzehnten des Kampfes gegen Abholzung, Agroindustrie und die Kolonisierung des Hochlands sahen sie die Ölförderung als eine weitere Bedrohung ihrer territorialen Autonomie.

Correa an der Macht

Viele lokale Ölkonflikte legten den Grundstein für den Antiextraktivismus. Aber erst mit dem Machtantritt Rafael Correas versammelten sich oppositionelle soziale Bewegungen unter diesem Banner. Correa, der stolz den Beitritt Ecuadors zum »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« verkündete, behauptete, dass seine Regierung für den Bruch mit der »langen Nacht des Neoliberalismus« stehe und die Wirtschaft, insbesondere die natürlichen Ressourcen, unter staatliche Kontrolle stellen werde. Die Praxis erwies sich als weniger radikal: Statt auf Enteignungen setzte Correa auf neue Förderverträge, höhere Steuern und Lizenzgebühren. Das ausländische Kapital war weiterhin von großer Bedeutung. Öl finanzierte im Schnitt ein Drittel des ecuadorianischen Staatshaushalts. Doch die Staatsausgaben überstiegen die Einnahmen.

Obwohl die Verfassung von 2008 neue kollektive Rechte, das Konzept des *buen vivir* (gutes Leben) und die Rechte der Natur anerkannte, prägen Konflikte über Umfang

der indigenen Selbstbestimmung und das extraktive Entwicklungsmodell den Verfassungsprozess. Antineoliberale soziale Bewegungen begannen, auf nationalistische Rhetorik (»Ressourcen für das Volk«) zu verzichten, und nahmen eine neue Haltung ein: gegen Extraktion, Punkt.

Der Antiextraktivismus wandte sich gegen die developmentpolitische und »anthropozentrische« Pathologie, in der sich die Essenz einer vom Kolonialismus geprägten »westlichen Zivilisation« abbildete. Er konzipierte den Platz des Menschen in der Welt radikal neu, auf eine Weise, die durch die Anerkennung der Natur als Rechtssubjekt in der Verfassung geprägt war: Rohöl und Erz sind Akteure, Feuchtgebiete und Berge Entitäten mit Rechten.

Der Staat reagierte widersprüchlich. Einige Vertreter_innen übernahmen Elemente des Diskurses, andere erklärten antiextraktive Aktivist_innen zu Staatsfeinden und Werkzeugen des Imperialismus. Ihre politische Macht bezog die Bewegung zum Teil aus ihrer Fähigkeit, Öl- und Bergbauprojekte zu blockieren. Die Folgen der Extraktion zeigen sich an weit entfernten Orten. Sie vermitteln sich durch die komplexen Beziehungen zwischen den Abbauorten und den Orten des Verbrauchs, sei es in Form verbrannter fossiler Brennstoffe oder staatlicher Investitionen, die durch Ölfrenten finanziert werden.

Für einige Staatsbeamte stimmte die antiextraktive Kritik mit ihrem Ziel überein, die Abhängigkeit von Primärexporten mit geringer Wertschöpfung zu verringern und durch Forschung und Ökotourismus zu ersetzen. Eine andere, mächtigere Gruppe erklärte den Widerstand zum Verrat an der Nation und kriminalisierte ihn. In dem Konflikt kommt eine innerlinke Auseinandersetzung darüber zum Ausdruck, wie ein fortschrittliches Entwicklungsmodell im Globalen Süden aussehen soll. In einem Interview mit *New Left Review* von 2012 sprach sich Correa dafür aus, die Extraktion in diese Vision aufzunehmen: »Es ist Wahnsinn, nein zu den natürlichen Reichtümern zu sagen, wie es ein Teil der Linken vorschlägt

– nein zum Öl, nein zum Bergbau, nein zu Gas, nein zu Wasserkraft, nein zu Straßen. Aber diese absurde Idee scheint zu einem Grundbestandteil des linken Diskurses geworden zu sein. (...) Wir dürfen nicht vergessen, dass das Hauptziel eines Landes wie Ecuador darin besteht, die Armut zu beseitigen. Und dafür brauchen wir unsere natürlichen Ressourcen.«

Correa benennt eine reale Herausforderung. Der radikale Ressourcennationalismus brachte ein politisches Massensubjekt gegen eine verhasste Figur, den ausländischen Kapitalisten, in Stellung. Er beschwor den Widerstand gegen den Neoliberalismus und schmiedete eine Koalition aus indigenen Organisationen, Gewerkschaften, städtische Bewegungen. Er forderte Veränderungen in der Eigentumsstruktur und Regulierung. Seine Erzählung versprach eine strahlende Zukunft mit nationaler Souveränität und breitem Wohlstand für die Massen.

Die Erzählung des Antiextraktivismus ist komplizierter. Viele indigene und Umweltaktivist_innen sprechen sich gegen die Förderung aus, definieren aber selten ihre Grenzen: Zählt der Kleinbergbau dazu? Die industrielle Landwirtschaft? Und welche alternative Vision gibt es? Ihre Vorschläge beschwören nicht selten eine imaginäre präkoloniale Vergangenheit oder eine nebulöse extraktionsfreie Zukunft.

Neue Koalitionen

Trotzdem hat der Antiextraktivismus Erfolge vorzuweisen. Mehrere Mobilisierungen haben neue Koalitionen zwischen Stadt und Land geschaffen. Einwohner_innen von Cuenca, der drittgrößten Stadt Ecuadors, haben sich mit Campesino-Aktivist_innen verbündet, die im ländlichen Hochland, direkt vor den Stadtgrenzen leben. Sie wehren sie sich gegen Bergbauprojekte, die ihre gemeinsame Wasserversorgung gefährden. Die Mobilisierung trug dazu bei, den Bau der geplanten Quimsacocha-Goldmine zu stoppen, eines der fünf »strategischen« Bergbauprojekte der Regierung. 2013 organisierte ein Aktivisten-

netzwerk im ganzen Land eine beeindruckende Kampagne zur Verhinderung der Ölförderung im Yasuní-Nationalpark. Es gab große Proteste in Großstädten, weit weg von den Abbaugebieten.

Zugleich verdeutlichte der letztlich erfolglose Widerstand in Yasuní auch ein zentrales Problem der Bewegung: Wie kann die Mehrheit der armen Ecuadorianer_innen mobilisiert werden, die die direkten Folgen von Öl- und Bergbauprojekten nicht erlebt und denen Correa Verbesserungen gebracht hat?

Eine Antwort auf das extraktive Modell müsste deutlich machen, dass es nicht nur Umweltzerstörungen verursacht, sondern auch neue Formen der Ungleichheit und Bereicherung hervorgebracht hat. Paradoxerweise ermöglichte die Verfügbarkeit der Ressourcenrenten es der Regierung Correa, von links zu regieren, indem sie die Sozialausgaben erhöhte, ohne die Machtverhältnisse radikal zu verändern. Heute ist das Land nach wie vor sehr ungleich verteilt, und oligarchische Unternehmensgruppen dominieren die Wirtschaft. Das Ölgeld wurde in die Taschen der Armen umgeleitet, aber sobald sie es ausgaben, strichen private Unternehmen die Gewinne ein.

Der Verfall der Ölpreise zwang die Regierung dann zu massiven Einschnitten. Gleichzeitig stieg die Verschuldung Ecuadors bei Kreditgebern wie China. Die Vorteile, die die Regierung Correa den Armen gebracht hat, waren real. Aber sie werden unter dem gegenwärtigen Entwicklungsmodell, bei dem die Klassenbeziehungen unberührt bleiben, immer in Gefahr sein. ●

Thea Riofrancos ist Assistant Professor für Politikwissenschaft am Providence College, Rhode Island/USA.

Zuerst erschienen in ak 646/
19.2.2016

Der Text ist eine bearbeitete Kurzfassung des Artikels »Digging Free of Poverty«, der in der Ausgabe »Earth, Wind & Fires« des Jacobin Magazines von Sommer 2017 erschien, jacobinmag.com/2017/08/digging-free-of-poverty.

Übersetzung: Jan Ole Arps

»Der Klimaterror muss blockiert werden«

Patrick Bond über den Zyklon Idai, Anti-Kohle-Kämpfe in Südafrika und die globale Bewegung für Klimagerechtigkeit

Interview: Juliane Schumacher

Warum ist es so schwer, Kämpfe um soziale Gerechtigkeit und Klimagerechtigkeit miteinander zu verbinden? Und wie können die Proteste gegen den Klimawandel an Schlagkraft gewinnen? Ein Gespräch mit dem südafrikanischen Politikprofessor und Klimaaktivisten Patrick Bond.

Im März hat der Zyklon Idai Simbabwe, Malawi und Mosambik getroffen, große Zerstörung angerichtet und viele Menschen getötet. Wie wurde das in Südafrika diskutiert? Bringen die Menschen das mit dem Klimawandel in Verbindung?

Patrick Bond: Auf jeden Fall. Wissenschaftler sind sich einig, dass dieser Sturm wegen des Klimawandels so heftig war. Die Temperatur des Indischen Ozeans vor der Stadt Beira in Mosambik lag zuletzt zwei Grad höher als normal, das hat den tropischen Sturm sehr viel stärker gemacht, als er sonst gewesen wäre. Inzwischen gehen die Regierungen von 1.078 Toten aus, mehr als zwei Millionen Menschen haben ihr Hab und Gut verloren, und es besteht weiterhin die Gefahr von Cholera. Dass der Zyklon Idai und der Klimawandel zusammenhängen, sehen alle in Südafrika, die ein soziales Gewissen haben. Unsere Regierung hingegen hat vor allem

Militär und Techniker geschickt, um zu helfen, die Stromversorgung wieder herzustellen.

Weil Mosambik Strom fürs Südafrikas Industrie liefert?

Genau. Wir hatten lange Stromausfälle in der Woche, als Idai die Küste traf. Der Zyklon hat uns gezeigt, wie furchtbar verwundbar unsere Region ist. Wir haben eine andauernde Dürre in Südafrikas wichtigster Agrarregion, und die jüngste Wasserknappheit in Kapstadt hat dazu geführt, dass kaum noch Wasser aus den Hähnen kommt. Als Mosambik gerade dabei war, sich von dem Zyklon zu erholen, machte Südafrikas wichtigste Fernsehtalkshow – die SA Broadcasting Corporation's Big Debate – Idai zum Thema einer zweistündigen Debatte über Energie. Denn 90 Prozent der Energie, die Eskom, Südafrikas halbstaatlicher Energiekonzern, produziert, stammt aus Kohlekraftwerken. Darunter sind die beiden größten der Welt, an denen derzeit gebaut wird und die jeweils 4.800 Megawatt Leistung bringen sollen.

In der Region wurde auch über die »Klimaschuld« der reichen Länder diskutiert ...

Das Center for Natural Resources Governance in Harare hat dazu eine Erklärung veröffentlicht: »Der Klimawandel, ein Effekt der unablässigen Emission von Treibhausgasen, vor allem durch die reichen Industrieländer, ist verantwortlich für die Katastrophe in Simbabwe, Mosambik und Malawi – in Ländern also mit den weltweit niedrigsten

Emissionsraten.« Fast 50 Prozent der weltweiten Kohlenstoffdioxidemissionen werden von nur zehn Prozent der Weltbevölkerung verursacht – ein Zeichen, wie extrem die Klimaungerechtigkeit geworden ist. Das bedeutet auch, dass die reichsten Südafrikaner eine »Klimaschuld« haben und damit haftbar gemacht werden sollten für die Schäden, die Idai angerichtet hat – vor allem, weil weniger als drei Dutzend multinationale Konzerne, die hier tätig sind, wie BHP Billiton, Sasol, Anglo American, Arcelor Mittal und andere, 40 Prozent der Energie im Land verbrauchen. Nicht nur die USA und Europa, die historisch gesehen die höchsten Emissionen haben, müssen anfangen, ihre Schuld anzuerkennen, sondern auch unsere eigenen, südafrikanischen Bewohner des »Globalen Nordens« – mich eingeschlossen, ich fliege zu viel. Vor allem aber betrifft das die großen Unternehmen. Wir müssen Wege finden, sie zu Entschädigungszahlungen zu verpflichten, wie es das Verursacherprinzip vorsieht, und zum anderen die hohen Emissionen sofort zu stoppen.

In Deutschland haben Aktivistinnen in den letzten Jahren eine starke Anti-Kohle-Bewegung aufgebaut. Auch in Südafrika gibt es Proteste gegen Kohle – wer sind die Akteure dort?

Die Kämpfe gegen Kohle in Südafrika, die sich auf Klimagerechtigkeit beziehen, werden von drei Kräften getragen: von NGOs, Anwälten und den Gemeinden in den Kohleabbau-

gebieten. Die lokalen Aktivisten sind nicht so militant und schlagkräftig wie es Ende Gelände in Deutschland ist, auch weil die Gesellschaft schlecht über den Klimawandel und seine Folgen informiert ist. Daher hängen Erfolge oft davon ab, ob es uns gelingt, Druck auf die Geldgeber auszuüben oder juristisch gegen Projekte vorzugehen.

Sind die Akteure international vernetzt?

Ein Teil sind internationale NGOs: Greenpeace zum Beispiel macht wichtige Studien und organisiert immer wieder direkte Aktionen; 350.org richtet sich vor allem an die Geldgeber der Kohleindustrie. Allerdings ist in diesen Organisationen der Flügel, der für Klimagerechtigkeit streitet, nur sehr schwach. Teils weil sie sich ihrem Ansatz nach nur auf ein Thema konzentrieren, oder weil sie nicht sensibel genug sind für die herrschenden Ungleichheiten, ob es nun um Hautfarbe, Klasse, Geschlecht oder anderes geht. Zu den Gruppen, die sich an Klimagerechtigkeit orientieren, gehören lokale Organisationen mit Partnern in den Gemeinden. Die bekannteste ist Life after Coal, zu denen Earthlife Africa, groundWork und die Anwälte des Center for Environmental Rights gehören, die häufig auf sehr kreative Weise juristische Einsprüche gegen Projekte einlegen.

Gibt es auch größere Proteste?

Der letzte wirklich große, war 2010, als in Durban die Klimakonferenz stattfand. Aber der Gegengipfel war ein großes Chaos. Dort wurde der Riss in der Klimabewegung deutlich: Auf der einen Seite gibt es die Forderung nach Klimagerechtigkeit, damals vertreten durch die Democratic Left Front, die sich inzwischen aufgelöst hat, auf der anderen nach Klimaschutz, vertreten von Mainstream-NGOs wie dem WWF.

Gab es Versuche, beide Ansätze in einem gemeinsamen Bündnis zusammenzubringen?

Ein breiteres Bündnis hat sich als schwierig herausgestellt. Manchmal kommen beide Bewegungen zusammen, zum Beispiel als es darum ging, den Rand des Hluhluwe-iMfolozi-Reservats gegen



Nicht nur die USA und Europa müssen ihre Klimaschuld anerkennen, sondern auch unsere eigenen, südafrikanischen Bewohner des Globalen Nordens.

Kohleabbau zu verteidigen, oder aktuell, Öl- und Gasbohrungen vor der Küste Südafrikas zu verhindern. Aber es fehlen Verbindungspunkte, um eine erfolgreiche landesweite Bewegung aufzubauen, wie es sie im Kampf um günstige generische Aids-Medikamente gab.

Was wären solche verbindenden Punkte?

Etwa, dass wir Klimawandel auf eine neue Art fassen. Naomi Klein hat 2014 gesagt: Der Klimawandel verändert alles. Das heißt, wir müssen uns in alle möglichen Kämpfe begeben, die Klimawandel mitverursachen, Kämpfe um Energie, Transport, Landwirtschaft, Produktion, und bei jedem Schritt auf eine gerechte Politik bestehen, die Arbeiterinnen und Arbeitern ohne finanzielle Einbußen den Übergang in saubere Jobs ermöglicht und die sensibel ist für geografische Unterschiede.

In Deutschland hat es sich als schwierig erwiesen, mit Gewerkschaften oder Kohlearbeitern zusammenzuarbeiten. Teils haben diese gegen die Kohleproteste demonstriert.

Das ist in Südafrika nicht anders, auch weil Greenpeace, das da nicht besonders sensibel war, immer wieder mit zwei großen Gewerkschaften aneinander geraten ist, der National Union of Metalworkers of South Africa (Numsa) und der National Union of Mineworkers. Beide kämpfen seit den 1970er Jahren für höhere Löhne in Kraftwerken, Autofabriken, Minen und anderen Sparten der Schwerindustrie, und ihre Stärke hat entscheidend zum Ende der Apartheid beigetragen. Die Vertreter von Numsa haben sich früh für erneuerbare Energien eingesetzt. Aber aktuell führen sie einen Kampf gegen Klimaschutzaktivisten wegen der über 10.000 Megawatt privater

Wind- und Solarkraftanlagen, die fast alle von europäischen Konzernen errichtet wurden. Der stellvertretende Numsa-Vorsitzende Karl Cloete hat erklärt: »Das Ziel von erneuerbaren Energien muss es sein, eine sichere Stromversorgung zu bieten, die Bedürfnisse aller zu erfüllen, Energie nicht mehr als Ware zu betrachten und die Gewinnanteile den Gemeinden und den Arbeitern zukommen zu lassen, die diese Energie produzieren und verbrauchen.« Viele Gewerkschaften haben einen engen Fokus, sie wollen nur Arbeitsplätze verteidigen, aber bei Numsa ist das nicht so. Die neue Revolutionäre Sozialistische Arbeiterpartei, die aus Numsa entstanden ist, hat vielleicht das Potenzial, eine breitere postkapitalistische Vision zu entwickeln.

Es geht also weniger um die Frage, was die verschiedenen Akteure wollen, sondern eher um das Wie?

Die Streitpunkte zwischen Arbeitern und Klimaschutzaktivisten betreffen fünf Dimensionen: wie schnell, wie tiefgreifend, wie umfangreich und wo die Veränderungen stattfinden sollen, und daneben die Frage, wie man sich auf den Staat bezieht. (1) Die Gewerkschaften, vor allem Numsa, wollen einen langsameren Übergang zu erneuerbaren Energien, weil sie Angst haben, dass der Staat ihre Arbeitsplätze nicht schützt. Sie denken im nationalen Rahmen: Energieproduktion und -verteilung sollen auf der Ebene des Staates erfolgen, nicht in dezentralen Anlagen, wie es die Vertreter eines neoliberalen Klimaschutzes wollen. Denn diese machen eine großräumige Umverteilung der Energie von reich zu arm schwieriger. Auch die Frage, wo die Transformation stattfindet, ist heikel – denn die sonnigen, windigen und wellenreichen Küstengebiete Südafrikas, wo sich leicht erneuerbare Energien erzeugen lassen, überschneiden sich nicht mit den Kohlefördergebieten im Inland. Schließlich gibt es verschiedene Ansichten, was die Rolle des Staates betrifft, besonders den staatlichen Energiekonzern Eskom. Numsa und andere Gewerkschaften wollen Eskom wieder

explizit in den Dienst der Gemeinschaft stellen und einer sozialistischen Politik verpflichten, während viele Aktivisten den Konzern wegen seiner Korruption und seiner Nähe zur Kohle längst aufgegeben haben.

In Europa haben viele das Pariser Abkommen als wichtigen Schritt gefeiert, auch Klimaaktivisten. Du hast das Abkommen in vielen Artikeln scharf kritisiert, es als »Klimaterror« bezeichnet.

Schon 2009 in Kopenhagen haben die Staatschefs der USA, Chinas, Indiens, Brasiliens und Südafrikas den UN-Prozess sabotiert: Sie haben ein Abkommen miteinander geschlossen, in einem kleinen Raum am Rande des UN-Gipfels. Seitdem haben sowohl die dominierenden westlichen Staaten als auch die BRICS-Staaten jedes Jahr aufs Neue gezeigt, dass sie nicht bereit sind, irgendwelche verbindliche Regelungen zu akzeptieren. Gleichzeitig haben die Staaten in Paris ausgeschlossen, dass die Kosten für Schäden und Verluste, die durch den Klimawandel verursacht wurden, als »Klimaschuld« eingeklagt werden können. Sie haben durch die Hintertür den Kohlenstoffdioxidhandel wieder eingeführt und sich darauf geeinigt, mehrere der wichtigsten Verursacher von Kohlenstoffemissionen beim Abkommen außen vor zu lassen, darunter das Militär, Flugzeuge und Schiffe. Und sie haben sich für diesen Deal auch noch gefeiert.

Wie können Klimaaktivisten sich Gehör verschaffen?

Es hilft nichts, zu resignieren und das Abkommen als »ersten Schritt« in die richtige Richtung zu sehen. Wenn wir den Pariser Vertrag legitimieren, ermutigen wir die Regierungen, genau so weiter zu machen, die Dringlichkeit zu ignorieren und den Umbau unserer Gesellschaften hinauszuzögern, der nötig ist, um Überleben und Gerechtigkeit möglich zu machen. Wenn oben Lähmung herrscht, müssen wir unsere Anstrengungen verdoppeln und eine Bewegung von unten aufbauen. Es gibt schon viele spektakuläre Aktionen, die zeigen, wie klimaschädliche Praktiken blockiert und verhindert werden können, von Ende Gelände

über Extinction Rebellion bis zu den Standing-Rock-Protesten – eine Philosophie von »Blockadia«, wie Naomi Klein es genannt hat, wird an vielen Orten aufgebaut und kann jede Unterstützung gebrauchen.

In den letzten Monaten haben weltweit junge Menschen begonnen, genau gegen diese Untätigkeit der Politik auf die Straße zu gehen.

Die junge Generation zeigt den Älteren, was sie von ihrem Nichtstun hält: Sie haben keine Legitimität mehr, sie sollen Platz machen. Für uns, die ältere Generation, ist Selbstkritik nötig. Wir sind gescheitert, als es darum ging, eine globale Bewegung für Klimagerechtigkeit zusammenzuhalten. Diese Chance gab es 2007, als die führenden Aktivistinnen den Bali-Gipfel verließen, weil es keine Fortschritte in den Verhandlungen gab.

Climate Justice Now, das Netzwerk, das es damals gab, ist zerbrochen.

Es hat uns an Visionen und Mut gefehlt. Aber es ist nicht zu spät, sich Gedanken zu machen, wie man die unzähligen Kämpfe verbinden und auf eine andere Ebene heben kann. Und dabei neben den bestehenden eine neue Dimension der Ungerechtigkeit aufzunehmen: die zwischen den Generationen. Die jungen Menschen haben alles Recht der Welt, davor zu warnen, dass der Klimastreik nur der Anfang ist, wenn sie laut sagen: »Ihr stehlt uns unsere Zukunft!« ●

Zuerst erschienen in ak 648/
16.4.2016

Übersetzung: Juliane Schumacher

Anmerkung:

1) Im englischen Original: »speed, scale, scope, space and the state«.

Patrick Bond

ist Professor für Politische Ökonomie an der Universität von Witswatersrand in Johannesburg, Südafrika, und einer der bekanntesten Aktivisten und Analysten der globalen Bewegung für Klimagerechtigkeit. Nach dem Ende der Apartheid arbeitete er von 1994 bis 2002 in Nelson Mandelas Regierung mit, von 2004 bis 2016 war er Direktor des Zentrums für Zivilgesellschaft der University of KwaZulu-Natal in Durban.

Kann ein Green New Deal den Klimawandel aufhalten?

Warum die Pläne des linken, ökologischen Flügels der US-Demokraten schlechte Chancen haben

Von Tomasz Koniecz

Die Kongressabgeordnete der Demokratischen Partei, Alexandria Ocasio-Cortez, der neue Shootingstar der US-Linken, hat bereits ihre Erfahrungen mit den informellen Machtstrukturen in Washington machen dürfen. Ihr bisher größter politischer Fehler sei die verfrühte Veröffentlichung der Klimaschutzinitiative für einen »Green New Deal« gewesen, bekannte die demokratische Sozialistin Mitte April. Der Anfang Februar veröffentlichte Reformvorschlag habe es den Gegner*innen einer ökologischen Wende ermöglicht, »das Narrativ zu bestimmen«. Halbwahrheiten und Verzerrungen dominierten nun den öffentlichen Diskurs über die Öko-Wende-Pläne, deren Realisierung in weite Ferne rückt.

Dabei schien der Green New Deal, der schon seit Jahrzehnten in der reformorientierten ökologischen Bewegung – auch bei den Grünen – diskutiert wird, endlich in den USA anzukommen. Auch deshalb, weil er

verspricht, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, die ökologische wie die ökonomische Krise zu lösen.

Letztlich bildet die sozialdemokratische Hoffnung auf eine neue Etappe des Kapitalismus den Kern des Green New Deal: Es ist ein umfassendes Transformationsprogramm, das »ökologischen« und »regenerativen« Industriezweigen zum Durchbruch verhelfen und sie zu wirtschaftlichen Leitsektoren machen soll. Hierdurch soll die Krise der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft überwunden werden, die seit der Erschöpfung des fordistischen Nachkriegsbooms im Zuge der dritten industriellen Revolution der Mikroelektronik weite Teile der kapitalistischen Welt samt den USA erfasst hat.

Binnen einer Dekade will Ocasio-Cortez den Treibhausgasausstoß radikal senken, indem regenerative Energieerzeugung, eine energetische Infrastruktur und ein entsprechender Umbau der Wirtschaft in einer »zehnjährigen massiven Mobilisierung« in Angriff genommen werden, wie es bei der Vorstellung des Green New Deal hieß. Ziel sei »Vollbeschäftigung«. Das Programm

ist angelehnt an den New Deal des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt, der die USA nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren mit »massiven Investitionen in Infrastruktur und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen verändert« habe, wie es bei Ocasio-Cortez und ihren Mitstreiter*innen heißt. Die damaligen Investitionsprojekte – etwa in die Verkehrsinfrastruktur – legten das Fundament für den fordistischen Nachkriegsboom, mit der Autoindustrie als Motor. Ähnliches will nun Ocasio-Cortez erreichen.

Wieso scheitert der Green New Deal?

Wieso aber scheint der Green New Deal zu scheitern? Gerade der historische Vergleich mit dem New Deal Roosevelts macht den fundamentalen Unterschied deutlich: Inzwischen ist das allgemeine Produktivitätsniveau des kapitalistischen Weltsystems zu hoch. Die Wechselwirkung zwischen innerer und äußerer Schranke des Kapitals, zwischen seiner ökonomischen Krise und der dadurch befeuerten ökologischen Krise, lässt die sozialdemokratischen Reformträume an der bitteren Kri-

senrealität zerschellen. Der Kapitalismus ist zu produktiv für eine Energiewende, obwohl sie technisch und organisatorisch ohne weiteres machbar wäre. Es ist schlicht ein schlechtes Geschäft.

Zur Erinnerung: Der durch den New Deal und den Zweiten Weltkrieg angestoßene Siegeszug des Automobils brachte eine umfassende Umgestaltung des gesamten Kapitalismus mit sich. Eine Folge war ein ungeheurer konjunktureller Aufschwung, der erst in den 1970er Jahren erlahmte. PKW und andere neuartige Produkte, die arbeitsintensive Produktionsmethoden erforderten, eröffneten dem Kapital neue Märkte. Und sie führten in vielen Industriestaaten zu Vollbeschäftigung und Arbeitskräfteknappheit. Den Staatsapparaten flossen hierdurch die Steuermittel zu, mit denen die gesellschaftliche Infrastruktur (Verkehr, Sozial- und Bildungswesen etc.) immer weiter ausgebaut wurde – ein Aufbau, der nicht im Rahmen von Marktprozessen bewerkstelligt werden kann. Mit der fordistischen »Automobilmachung« des Kapitalismus ging ein umfassender Umbau der kapitalistischen Infrastruktur einher: vom Zupflastern ganzer Landstriche mit Autobahnen und dem Aufbau eines Händler-, Werkstatt- und Tankstellennetzes bis zum Bau ausgedehnter Parkplatzwüsten in unseren Städten.

Das allgemein hohe Produktivitätsniveau und der sinkende Anteil der Lohnarbeit im Produktionsprozess haben aber Folgen für heutige staatliche Großinitiativen, die Ocasio-Cortez und andere Green-New-Deal-Befürworter*innen offenbar nicht mitbedenken. Die staatlichen Aufwendungen zur Errichtung der anvisierten energetischen Infrastruktur – die im Rahmen marktmittelter Kapitalakkumulation nicht realisierbar sind – würden niemals durch die Steuereinnahmen aus den Industriezweigen der »regenerativen Energien« finanziert werden können. Es lohnt sich einfach nicht, Staatsmilliarden in eine Branche zu investieren, in der nicht die notwendigen Beschäftigungseffekte erzielt würden.

Es ist illusorisch zu glauben, dass bei der Produktion in der »ökologi-



Eine ökologische Wende hätte sich längst durchgesetzt, wenn sie Konkurrenzvorteile böte.

schen« Industrie im 21. Jahrhundert solch hohe Beschäftigungseffekte erzielt werden könnten, wie sie im Zuge der Automobilmachung des Kapitalismus in den 1950er oder 1960er Jahren erreicht wurden. Solarzellen und Windkraftträder werden nicht so produziert wie Autos vor 40 Jahren im Rahmen des Taylor-Systems, als Tausende Arbeiter*innen im Schweiß ihres Angesichts an endlosen Montagebändern in genau festgelegten Zeitintervallen stupide Handgriffe tätigten, um nach Hunderten Arbeitsschritten – die je ein*e Arbeiter*in ausführte – ein Fahrzeug herzustellen. Bei der heute erreichten Automatisierung der Produktion gelten auch für die Herstellung alternativer Energieträger ähnliche Probleme der »Überproduktivität«, die die deutsche Autoindustrie und der Maschinenbau nur durch vermehrte Exportoffensiven auf Kosten anderer Volkswirtschaften kompensieren können.

Selbstverständlich behindern etablierte, »fossile« Industriezweige durch ihre politischen Lobbys den Sektor der regenerativen Energien. Nur: Spannungen zwischen neu entstehenden und etablierten, aber im Abstieg begriffenen Industriezweigen sind so alt wie die kapitalistische Industrialisierung. Folglich müsste sich die Produktion erneuerbarer Energien trotz aller Widerstände und Verzögerungen wegen der Verwertungsmöglichkeiten durchsetzen, die sie eröffnet.

Ökowende, Wachstumswang und Standortkonkurrenz

Eine ökologische Wende hätte sich allein wegen der krisenbedingt zunehmenden Konkurrenz zwischen Konzernen und Nationalstaaten längst durchgesetzt, wenn sie einen Konkurrenzvorteil böte, der den nationalen »Standorten« neue wachstumsstarke Industrien erschließen würde. Aufgrund des sehr ungünsti-

gen Verhältnisses zwischen den gigantischen Kosten einer Energiewende und der mageren realen Verwertung von Arbeitskraft in der »Ökobranche« ist aber die Energiewende eher ein Klotz am Bein der Nationalstaaten im globalen Konkurrenzkampf. Deutschland hat es ja bereits im Rahmen seiner Energiewende versucht – mit bekanntem Ausgang. Inzwischen ist die Bundesrepublik einer der größten Klimasünder Europas.

Ein kapitalistischer Green New Deal scheitert somit an den eskalierenden inneren Widersprüchen des hyperproduktiven Kapitalismus, also an der Frage seiner Finanzierung angesichts magerer Beschäftigungseffekte. Die meisten der hierzu notwendigen, technisch längst machbaren Transformationsschritte können nicht mehr als neue Felder der Kapitalverwertung erschlossen werden; es sind Aufwendungen, die eigentlich als infrastrukturelle »Nebenkosten« (faux frais) durch Prozesse erfolgreicher Kapitalverwertung finanziert werden müssten.

Zu diesen Hürden des Green New Deal kommen noch die grundlegenden Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise, die in einem Wachstumszwang gefangen ist. Spätestens mit dem Ausbruch der Finanzkrise dürfte klar geworden sein, dass die Kapitalakkumulation an die Warenproduktion gekoppelt ist und nicht allein über die Finanzmärkte dauerhaft aufrechterhalten werden kann.

Das Kapital ist aufgrund der Notwendigkeit permanenter Verwertung das logische Gegenteil einer ressourcenschonenden Wirtschaftsweise, die notwendig wäre, um ein Überleben der menschlichen Gesellschaften zu sichern. Um immer wieder aus Geld mehr Geld zu machen, müssen Arbeit, Rohstoffe und Energie in permanent wachsendem Ausmaß verheizt, müssen alle Waren möglichst schnell obsolet, müssen im kulturindustriellen Dauerbombardement immer neue Bedürfnisse kreiert werden. Ökologie und kapitalistische Ökonomie vertragen sich tatsächlich nicht.

Auch in ökologischer Hinsicht bildet die größte Schranke des Kapitals also das Kapital selber. Der Res-

sourcenbedarf des globalen kapitalistischen Verwertungsmotors wird weiter steigen, bis er an seine »äußere Schranke« stößt, die in der Endlichkeit der Ressourcen unseres Planeten besteht. Die zusehends schwindenden Ressourcen bilden das immer enger werdende Nadelöhr, durch das sich der Prozess der Kapitalverwertung hindurchzwängen muss.

Entscheidend befeuert wird dieser Prozess durch das immer höhere Produktivitätsniveau der kapitalistischen Weltwirtschaft. Es scheint auf den ersten Blick absurd, aber gerade die ungeheuren Produktivitätssteigerungen tragen zur Eskalation der ökologischen Krise maßgeblich bei. Da die Lohnarbeit die Substanz des Kapitals bildet, nötigen die permanenten Steigerungen der Produktivität den Kapitalismus dazu, die »effiziente« Verschwendung von Ressourcen und Rohstoffen ins Extrem zu treiben.

Je höher aber die Steigerung der Produktivität, desto weniger abstrakte Arbeit ist in einer gegebenen Menge Ware verdinglicht. Wenn ein Fahrzeughersteller die Produktivität bei der Einführung eines neuen Fahrzeugmodells um zehn Prozent erhöht – was durchaus üblich ist –, dann muss er auch zehn Prozent mehr Autos umsetzen, um bei gleichem Produktpreis die gleiche Wertmasse zu verwerten. Oder jede*n zehnte*n Arbeiter*in entlassen. Um den Verwertungsprozess des Kapitals aufrechtzuerhalten, müssen daher bei steigender Produktivität entsprechend mehr Waren produziert und abgesetzt werden. Deswegen gilt: Je größer die Produktivität der globalen Industriemaschinerie, desto stärker auch ihr Ressourcen hunger. Ein Versuch, in der kapitalistischen Weltwirtschaft eine ressourcenschonende Produktionsweise einzuführen, ist unmöglich – er käme einer Kapitalvernichtung gleich.

Neue Rechte im Spätkapitalismus

Dieser Verwertungsprozess des Kapitals – der in ökologischer Hinsicht einem Weltverbrennungsprozess gleicht – bildet auf gesellschaftlicher Ebene eine irrationale, fetischisti-

sche Eigendynamik aus. Niemand kontrolliert die blind prozessierende Kapitaldynamik. Somit dient alle kapitalistische Rationalität einem irrationalen, letztlich autodestruktiven Selbstzweck. Das schlägt sich insbesondere in Krisenzeiten auch in der Sphäre der Politik nieder, die ihre Scheinrationalität fallen lässt, unter der die Fratze der Neuen Rechten sichtbar wird. Die Weigerung von Figuren wie Trump oder Parteien wie der AfD, den Klimawandel überhaupt zur Kenntnis zu nehmen, ist ideologischer Ausfluss der Selbstzerstörungstendenzen des Kapitals.

Andererseits können die Staaten selbst in den Zentren des Weltsystems immer weniger ihrer Funktion als ideelle Gesamtkapitalisten nachkommen, da sie in den vergangenen Dekaden im Rahmen endloser Privatisierungs- und Sparorgien ihrer sozioökonomischen Machtmittel größtenteils beraubt wurden. Der Staat wird zunehmend die Beute von Cliquen oder Rackets (Trump, die Koch-Brüder oder entsprechende Gruppen im Militär- oder Gesundheitssektor), die den maroden Staatsapparat zur Durchsetzung ihrer Partikularinteressen nutzen. Eine strategische Perspektive politischer Funktionselemente in Staatsapparat, die den Erhalt des gesamten kapitalistischen Systems im Blick hätte, scheint in der Ära Trump kaum noch wirksam zu sein.

Schlechte Aussichten für den Green New Deal und ähnliche progressive sozialdemokratische Projekte. Dennoch scheint es für die antikapitalistische Linke sinnvoll, Initiativen wie den Green New Deal zu unterstützen, solange zugleich offensiv auf ihre Defizite, auf die binnenkapitalistische Unmöglichkeit ihrer Realisierung hingewiesen wird. Immerhin würden damit die Grundlagen einer ökologisch nachhaltigen Infrastruktur geschaffen, die vom Postkapitalismus beerbt werden könnte. ●

Tomasz Koniecz schrieb in ak 640 über den Zusammenhang von ökologischer Zerstörung und dem Aufstieg der faschistischen Rechten.

Zuerst erschienen in ak 649/ 21.5.2016

In der Wachstumsfalle

Diskussion In den Gewerkschaften wird wieder über die Umwelt diskutiert. Die Debatte setzt zu sehr auf ökologische Modernisierung

Von Ulrich Brand

Ende Juni am Brandenburger Tor: Zehntausende Gewerkschafter*innen demonstrieren für einen #FairWandel. Aus technischem Fortschritt müsse sozialer und ökologischer Fortschritt für alle werden, lautete die Forderung der aus der ganzen Republik mit Bussen und Sonderzügen angereisten Gewerkschafter*innen. Mitte Juli auf einer Veranstaltung in Berlin: IG-Metall-Vorsitzender Jörg Hofmann stellt gemeinsam mit den beiden Umweltorganisationen BUND und Nabu das gemeinsame Positionspapier »Die Klima- und Mobilitätswende gestalten« vor. Hofmann erklärte die »ungewöhnliche Allianz« so: Metaller*innen haben nicht nur ein Interesse an sicherer Arbeit, sondern auch an einem lebenswerten Planeten für ihre Kinder.

Das verwundert, denn Gewerkschaften und Beschäftigte spielen in den Umwelt- und Klimadiskussionen bislang keine zentrale Rolle. Im Gegenteil: Sie gelten eher als Bremser bei der notwendigen Neugestaltung von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, ja der Gesellschaft-Natur-Verhältnisse.

Insbesondere die Industrie-
gewerkschaften stehen im Hinblick auf

ökologische Fragen vor einem Dilemma. Einerseits sind viele gut bezahlte Arbeitsplätze und eine starke gewerkschaftliche Organisationsmacht insbesondere in jenen Branchen anzutreffen, die aus ökologischer Sicht nicht zukunftsfähig sind. Zugleich sind die mittelfristigen Ausichten in einigen Branchen unsicher, und das trotz der ökonomisch relativ stabilen Situation in Deutschland. Allen voran ist hier die Automobilindustrie zu nennen, in der inklusive Zulieferern hierzulande über 870.000 Menschen arbeiten. Die IG Metall organisiert in dieser Branche fast eine halbe Million Menschen, also gut ein Fünftel ihrer aktuell knapp 2,3 Millionen Mitglieder. Da sie wie alle DGB-Gewerkschaften in neoliberalen Zeiten politisch unter Druck steht, sind diese Beschäftigten eine entscheidende Stütze, um ihre Forderungen durchsetzen zu können.

Andererseits werden einzelne Branchen vom sozial-ökologischen Umbau eher profitieren. Dazu zählen der Maschinenbau oder die Elektroindustrie – und auch die dort Beschäftigten sind gewerkschaftlich organisiert.

Aus politisch progressiver Perspektive kann es kein Interesse an einer weiteren Schwächung der Gewerkschaften geben. Vielmehr wird eine Jahrhundertaufgabe wie die

sozial-ökologische Transformation nur gelingen, wenn derart relevante Akteure wie die Gewerkschaften darin eingebunden werden. Das heißt aber umgekehrt auch: Sozial-ökologische Aufgaben müssen zu Kernanliegen der Gewerkschaften werden. Das gilt allein schon deshalb, weil die ökologische Krise eine (globale) Klassendimension hat: Die Vermögenden können sich vor den Auswirkungen des Klimawandels und anderer Umweltveränderungen besser schützen, während die unteren Klassen deren Konsequenzen schon jetzt unmittelbarer zu spüren bekommen.

Krisen verdrängen die Ökologiedebatten

In den gewerkschaftlichen Debatten gibt es eine dominante Erzählung zum Umgang mit umweltpolitischen Anliegen. (1) Die lautet in etwa so: Bereits in den 1970er Jahren wurden umweltpolitische Themen in Betrieben und Gewerkschaften diskutiert, gerieten jedoch wegen der Weltwirtschaftskrise ab 1974, der beginnenden Massenarbeitslosigkeit und neoliberaler Strategien in den Hintergrund.

Ähnlich wird die zweite Hälfte der 1980er Jahre wahrgenommen. Nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl 1986 setzte sich in den Gewerkschaften, die bis dahin die

Atomenergie weitgehend befürwortet hatten, ein allmählicher Positionswechsel durch. Auch fanden Umwelt- und Gesundheitsgefahren, etwa durch besonders umweltschädliche Stoffe, mehr Aufmerksamkeit. Doch im Zuge der deutschen Vereinigung, der zunehmenden Shareholder-Orientierung der Unternehmen sowie der Ausweitung der Geschäftsfelder auf andere Länder rückten Arbeitsplatzsicherung und Lohnfragen wieder deutlicher ins Zentrum, es kam zu einem arbeits- wie umweltpolitisch »verlorenen Jahrzehnt«. (2)

Ab dem Ende der 1990er Jahre, so geht die Erzählung weiter, nahmen die Gewerkschaften ökologische Fragen wieder auf und erreichten etwa die Verankerung des betrieblichen Umweltschutzes im Betriebsverfassungsgesetz. Die Wirtschaftskrise 2007/2008 warf die Gewerkschaften dann aber wieder auf ihr »soziales Kerngeschäft« zurück.

Im Zuge des Dieselskandals und zuletzt mit der Fridays-for-Future-Bewegung erhalten sozial-ökologische Fragen erneut verstärkte Aufmerksamkeit. Was ist aber, wenn im Jahr 2030 der dann aktuelle Teil der Erzählung ungefähr so lautet: Die unsicheren Perspektiven des Umbauprozesses wie auch die Krise ab Mitte der 2020er Jahre haben die Gewerkschaften wieder auf ihr »soziales Kerngeschäft« zurückgeworfen, der Verteidigung von Arbeitsplätzen und der Interessenvertretung im engeren Sinne?

Ökologie der Arbeit

Die IG-Metall-Kundgebung in Berlin, das Papier mit den Umweltverbänden und die ver.di-Debatte, ob man die Fridays-for-Future-Aktionen am 20. September unterstützen sollte, zeigen: Inzwischen gibt es in den Gewerkschaften und bei den Beschäftigten (wieder) eine Sensibilität für die ökologischen und damit verbundenen sozialen Probleme. Dennoch steht aktuell in den Gewerkschaften das Interesse an der Beschäftigungssicherung im Vordergrund. Das aber ist angesichts der ökologischen und klimapolitischen Erfordernisse zu wenig.



Sozial-ökologische Aufgaben müssen zu Kernanliegen der Gewerkschaften werden.

Interessant erscheint mir daher in den gewerkschaftlichen Debatten der Begriff der »Ökologie der Arbeit«. Er umfasst »betriebliche, aber auch soziale und naturbedingte Aspekte der Verausgabung und Regeneration des menschlichen Arbeitsvermögens«, schließt Strategien für gute (Erwerbs-)Arbeit mit ein und steht im Kontext einer sozial-ökologischen Umbaustrategie, wie es im »Jahrbuch Gute Arbeit 2018« mit dem Thema »Ökologie der Arbeit« heißt. Natürliche Stoffkreisläufe und menschliche Arbeitskraft, so die richtige Diagnose, seien allesamt tendenziell überlastet und überausgebeutet, was die Reproduktion von Arbeitskraft und Natur gefährde. Ziel sei es daher, erstens die »Ökologisierung von Produktion, Konsumtion und Verteilung« und zweitens »ein neues Regime der Verteilung von Einkommen, Vermögen und sozialen Lebenschancen« zu etablieren sowie drittens »wirtschaftliche Entscheidungen und Strukturen« zu demokratisieren.

Diese wichtigen Anstöße aus der Debatte um eine Ökologie der Arbeit verweisen zugleich auf einige Probleme progressiver Debatten im Hinblick auf sozial-ökologische Fragen: Zunächst bleiben die Gewerkschaften sehr stark einer »ökologischen Modernisierung« verhaftet. Das zeigt sich deutlich an den Positionen der IG Metall, die für weitere Effizienzsteigerungen beim Verbrennungsmotor und den Ausbau der E-Mobilität plädiert. Elektroautos sind aber auch nicht nachhaltig, sondern haben ebenfalls einen großen Energie- und Ressourcenbedarf.

Dieses Problem zeigt sich aber auch an der zentralen Diagnose: Die Gewerkschaften sprechen weitgehend von einer Klimakrise. So richtig das ist, so wichtig ist für die industrielle Produktion aber eine zweite Dimension: die Frage der Rohstoffe. Diese werden zum Großteil impor-

tiert, es gibt einen enormen Kostendruck auf die Rohstoffproduzenten, und die Gewinnung der Rohstoffe geht teilweise mit erheblichen Konflikten einher aufgrund von Widerständen der lokalen Bevölkerung, der Lebensgrundlagen wie sauberes Wasser oder fruchtbares Land entzogen werden. Diese biophysische Reproduktion der Natur ist bisher eine »terra incognita gewerkschaftlicher Interessenpolitik« (Hans-Jürgen Urban). Der nationale und vor allem internationale materielle Input, den das deutsche Produktionsmodell benötigt, wird von den Gewerkschaften viel zu wenig berücksichtigt. Bezögen sie diesen Umstand genauer ein, müssten sie nämlich zu dem Schluss kommen, dass die Industrieproduktion stark reduziert werden muss. Denn ökologisch geboten ist eine drastische Reduktion der biophysischen Inputs.

Zudem sind hochgradig internationalisierte Ökonomien wie die deutsche auf den permanenten Zufluss von Rohstoffen und auf stabile Absatzmärkte angewiesen. Doch die damit einhergehenden internationalen Verflechtungen und ihre ökologischen Implikationen thematisieren die Gewerkschaften nur unzureichend. Sie fordern zwar innerhalb Deutschlands regulatorische Rahmenbedingungen, die »zu einem Transformationswettbewerb führen und einen Verdrängungswettbewerb vermeiden«. (3) Doch auch auf internationaler Ebene setzen die Unternehmen aus exportstarken Ländern die Firmen und Branchen andernorts unter Druck. Und das bundesdeutsche Exportmodell ist fast ausschließlich an der Industrieproduktion ausgerichtet.

In diesem Zusammenhang wird eine weitere wenig hinterfragte Annahme zum Problem, nämlich, dass Produktions- und Distributionsprozesse »effizient« sein und die ökologischen Probleme mit »Effizienztechnologien« bearbeitet werden müssten. Das hat jedoch aus ökologischer Perspektive einen Haken: Über Effizienzgewinne werden die Produktionskosten tendenziell reduziert und die Endprodukte billiger. Das frei werdende Einkommen wird dann für zusätzlichen Konsum

verwendet – ein typischer, klimaschädlicher Rebound-Effekt (siehe FAQ in ak 642).

Ein weiteres Problem der gewerkschaftlichen Debatte: In ihrer übergroßen Mehrheit plädieren die sozial-ökologisch sensiblen Teile der Gewerkschaften für nachhaltiges Wachstum sowie für ökonomisches Wachstum in einem neuen Entwicklungsmodell. Der »Vordenker« der IG Metall, Hans-Jürgen Urban, erklärt die Wachstumsfrage gar zur »ökologischen Gretchenfrage« gewerkschaftlicher Politik. Auch das spiegelt die analytische und strategische Unterkomplexität der ökologischen Debatten in den Gewerkschaften wider.

Denn beim kapitalistischen Wachstum geht es Elmar Altvater zufolge um den Zusammenhang von Profitabilität, Rentabilität und Rendite sowie der Nutzung fossiler Energieträger. Und genau diesen Zusammenhang sollten sozial-ökologisch ausgerichtete Gewerkschafter*innen kritisch sehen. Heute ist nichts weniger geboten als eine grundlegende Infragestellung des kapitalistischen Wachstumsimperativs – angesichts der offensichtlichen ökologischen Probleme, aber auch angesichts abnehmender Wachstumsraten im Westen.

Deshalb sollten die Gewerkschaften die Impulse der wachstumskritischen Debatte stärker aufnehmen und nicht als beispielsweise »ökologische Austerität« denunzieren. Die Degrowth-Perspektive zielt vielmehr auf ein Wohlstandsmodell, das individuelle und kollektive Bedürfnisse auf sozial und ökologisch verträgliche Weise befriedigt, also nicht auf Kosten anderer und der Natur. Eine elaborierte Wachstumskritik beschäftigt sich mit der Verfügung über Produktionsmittel und der Gestaltung von Investitionen: Gemeinschaftliches Eigentum ist eine notwendige Bedingung, um die Abhängigkeit von kapitalistisch getriebenem Wachstum zu reduzieren.

Für die Gewerkschaften ist diese Wachstumskritik auch deswegen bereichernd, weil es in Tarifverhandlungen zunehmend um die Frage »mehr Zeit oder mehr Geld« geht. Die Antwort darauf fällt in den

mittleren und oberen Lohngruppen eindeutig aus: Sie wollen eine Verkürzung der Arbeitszeit. Die IG Metall hat dies in ihrem aktuellen Tarifvertrag stark verankert – und damit ein wichtiges Fenster geöffnet.

»Wie hältst du´s mit dem Wachstum?« ist also die falsche Frage. Wichtiger sind zwei andere Fragen, nämlich erstens: »Wie hältst du´s mit den gesellschaftlichen Naturverhältnissen?« – also mit den konkreten biophysischen Voraussetzungen und Folgen der Produktions-, Lebens- und Arbeitsweisen, die aktuell weltweit zerstört werden. Zweitens, an den Internationalismus der Arbeiterbewegung erinnernd: »Und wie hältst du´s mit einer solidarischen Gesellschaft?« – also der Errichtung einer (Welt-)Gesellschaft, in der alle Menschen auskömmlich, sozial abgesichert und sinnerfüllt, aber nicht auf Kosten anderer und der Natur leben können.

»Trade Unions for Future«?

Schließlich hat sich in den Gewerkschaften derzeit ein eher korporatistisches Interesse an der Aufrechterhaltung des Status quo durchgesetzt, häufig genug im Modus des Co-Managements. In ihren Debatten ist häufig von »den« Beschäftigten und ihren vermeintlichen Interessen an Einkommen und Arbeitsplatzertretung die Rede. Fragen individueller und gesellschaftlicher Handlungsspielräume werden tendenziell auf Verhandlungsmacht, Arbeitsbedingungen und Einkommen reduziert; betriebliche Herrschaft und soziale Disziplinierung werden verinnerlicht und kaum in Frage gestellt. Damit drohen die Gewerkschaften, eine umfassendere Perspektive von Teilhabe oder gar Emanzipation aufzugeben. Das hat dramatische Konsequenzen. Denn eine sozial-ökologische Transformation muss als Projekt entworfen werden, bei dem gesellschaftliche und individuelle Interessen ausgelotet werden. (4)

Und wer wäre dafür grundsätzlich besser geeignet als die Gewerkschaften? Neben der unmittelbaren Interessenvertretung sind aktive Gewerkschafter*innen schließlich

auch »organische Intellektuelle« im Sinne Antonio Gramscis. Sie können Orientierung bieten und zur Verarbeitung von widersprüchlichen Anforderungen und Erfahrungen beitragen.

Eine sozial-ökologische Wende muss gegen das Kapital und jene Politiker*innen, die es unterstützen, erkämpft werden. Zentral ist dabei die Politisierung von Fragen wie Arbeitszeitverkürzung oder einer stärkeren Gebrauchswertorientierung der Produktion, etwa in Form eines starken öffentlichen Sektors. Hier könnten Klima-, Degrowth- und Arbeiterinnenbewegung zusammenkommen. Die Gewerkschaften könnten etwa als Trade Unions for Future die Klimastreikbewegung unterstützen.

Damit dies gelingt – und hier stimmt die Kritik der Gewerkschaften an vielen sozialen Bewegungen –, müssen sich auch Umweltbewegte sich auf die Lebensrealitäten und Sichtweisen der Beschäftigten im Kohle-, Stahl-, Chemie- oder Automobilsektor einlassen. ●

Ulrich Brand ist Politikwissenschaftler an der Universität Wien. Dieser Beitrag ist die aktualisierte und gekürzte Fassung des Textes »In der Wachstumsfalle. Die Gewerkschaften und der Klimawandel«, der in der Juli-Ausgabe der Monatszeitung »Blätter für deutsche und internationale Politik« erschienen ist.

Zuerst erschienen in ak 651/
20.8.2019

Anmerkungen:

1) Exemplarisch Nadine Müller u.a.: *Ökologie der Arbeit – Impulse für einen nachhaltigen Umbau*, in: Lothar Schröder und Hans-Jürgen Urban (Hg.): *Ökologie der Arbeit. Jahrbuch Gute Arbeit 2018*. Frankfurt/M., 2018, S. 15-31.

2) Klaus Pickshaus/Maximilian Waclawczyk: *Arbeit und Ökologie in der Transformationsperspektive*, in: Lothar Schröder und Hans-Jürgen Urban (Hg.): *Transformation der Arbeit – Ein Blick zurück nach vorn. Jahrbuch Gute Arbeit 2019*. Frankfurt/M., 2019, S. 91-103.

3) Wolfgang Lemb: *Perspektiven einer nachhaltigen Industriepolitik*, in: Schröder/Urban, *Jahrbuch Gute Arbeit 2018*, S. 79.

4) Katharina Grabietz/Kerstin Klein: #FairWandel. *Für eine Industriegewerkschaft, die weder Mensch noch Klima auf der Strecke lässt*, in: *Sozialismus* 6/2019.

Ein politischer Klimastreik ist möglich

Gewerkschaften haben mehr Möglichkeiten, als ihre Mitglieder zum Ausstempeln aufzufordern

Von Uwe Fuhrmann

Nach anfänglicher Zurückhaltung haben inzwischen auch die deutschen Gewerkschaften Sympathien mit den Schüler*innen von Fridays For Future bekundet. Als der Aufruf für einen globalen Klimastreik im September kursierte, erklärte Frank Bsirske, zu diesem Zeitpunkt noch Vorsitzender der Gewerkschaft ver.di, man werde »zur Teilnahme an den Veranstaltungen aufrufen«. Einige missverstanden dies als Streikaufruf. Bsirske hatte allerdings einschränkend klargestellt »Wir rufen natürlich nicht zu einem ordentlichen Streik auf, das geht nicht. (...) Aber wer kann, sollte ausstempeln und mitmachen. Ich werde jedenfalls hingehen.«

Ausstempeln zum Klimastreik, das wirft Fragen auf. Die angegebene Begründung ist mau: Ordentlicher Streik – »das geht nicht«. Auch der DGB signalisierte auf seiner Homepage Unterstützung für die Forderung von Fridays For Future. Aber auch er schränkte ein: »Ein Streik ist eine Arbeitskampfmaßnahme, zu der Gewerkschaften nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen aufrufen können. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich mit den Aktionen von Fridays for Future solidarisieren und an Demonstrationen teilnehmen wollen, sollten das geltende Arbeitsrecht beachten und sich für diese Zeit freinehmen.«

Was sind diese »ganz bestimmten Voraussetzungen«, unter denen die Gewerkschaften – jenseits der

Tarifverhandlungen – zum Streik aufrufen dürfen?

Rechtsprechung durch NS-Karrieristen

Ein*e Streikteilnehmer*in ist nur dann ziemlich sicher vor rechtllichem Ärger, wenn eine Gewerkschaft zu diesem Streik aufgerufen hat, daher ist die Frage von Bedeutung. Ihre Beantwortung hat mindestens zwei Seiten: eine juristische und eine politische. Beide können ohne ihre historische Dimension kaum verstanden werden.

Zuerst zur rechtlichen Seite: Politischer Streik ist an sich weder durch das Grundgesetz noch anderweitig untersagt (1). Doch durch die Rechtsprechung im Anschluss an ein Urteil aus dem Jahr 1952 (ergangen im Rahmen der Auseinandersetzung um das Betriebsverfassungsgesetz) sind Streiks, die andere als tarifvertragliche Ziele zum Gegenstand haben (»politische Streiks«), immer wieder eingeschränkt worden. Diese Rechtsprechung wurde vor allem durch den NS-Karrieristen Hans-Carl Nipperdey befördert. Nipperdey hatte das »Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit« von 1934 maßgeblich kommentiert und wurde zum führenden Arbeitsrechtler im NS. In besagtem Gesetz hieß es in Paragraph 1: »Im Betriebe arbeiten der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft gemeinsam zur Förderung der Betriebszwecke.« In den mitveröffentlichten Erläuterungen wurde geschwärmt, das Gesetz sei »aus nationalsozialistischem Geiste geboren«.

Im Jahre 1954 wurde Nipperdey erster Präsident des Bundesarbeitsgerichtes und führte die restriktive

Auslegung des Streikrechts fort. Kein Wunder also, dass diese deutsche Tradition durch internationale Normen mittlerweile stark unter Druck geraten ist, etwa durch die Europäische Sozialcharta, die Europäische Menschenrechtskonvention oder durch verschiedene ILO-Normen. Die Rechtsprechung seit den 1950er Jahren ist ohne die personellen Kontinuitäten aus der NS-Zeit also kaum zu verstehen und mitverantwortlich für die weit verbreitete Einschätzung, »politische Streiks« seien in Deutschland verboten.

Doch selbst im ursprünglichen Urteil von 1952 durch das Landesarbeitsgericht (LAG) Freiburg hieß es: »Sollte durch vorübergehende Arbeitsniederlegung ... gegen hohe Preise demonstriert werden, dann könnte dieser politische Streik wohl kaum als verfassungswidrig angesehen werden.« Die hier angeführten »hohen Preise« bezogen sich direkt auf den Auslöser des letzten deutschen Generalstreiks vom 12. November 1948, denn die Preishöhe hatte damals die Lebensgrundlage von Millionen Menschen bedroht.

Die Lebensgrundlage steht auch beim Klimastreik im Mittelpunkt. Nur geht es nicht um – heute – zu hohe Preise, sondern um eine – morgen – verwüstete Welt. Für eine rechtliche Bewertung ist aber entscheidend, dass unser Handeln jetzt erforderlich ist, und nicht erst, wenn unser aller Lebensgrundlage in fünf, zehn oder 30 Jahren unwiederbringlich dahin ist. In der Logik des Urteils von 1952 wäre wohl auch ein massiver Klimastreik »nicht verfassungswidrig«.

Außerdem ist seit 1994 der Artikel 20a des Grundgesetzes Teil der

»verfassungsmäßigen Ordnung« der BRD. Er lautet: »Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere.«

Die Einschätzung des Klimawandels und dessen Folgen für diese »natürlichen Lebensgrundlagen« liefert vor allem die Wissenschaft. Und ihre Aussage kann deutlicher nicht sein, denn alle Forschung und fast 27.000 Wissenschaftler*innen der Scientists for Future sagen: Unsere Lebensgrundlagen sind akut bedroht. Das Handeln der Regierung arbeitet nicht dagegen, sondern verschärft die Situation erheblich. Das dürfte wohl eine klare Missachtung von Art. 20a des Grundgesetzes durch die Regierung sein.

In der Diskussion, ob politische Streiks erlaubt sein können, wird zudem oft auf den Grundgesetzartikel 20 Absatz 4 (Recht auf Widerstand) verwiesen. Dieser ermöglicht es, »Widerstand« (auch durch Generalstreik) zu leisten gegen »jeden, der es unternimmt,« die »Ordnung« – gemeint ist Artikel 20, 1-3 (Demokratie usw.) – »zu beseitigen«. Nun ist die Zerstörung der menschlichen Lebensgrundlage inhaltlich gesehen unweigerlich die Beseitigung dieser „Ordnung“ und das Widerstandsrecht müsste greifen; aber ich weiß nicht, ob Jurist*innen das ohne politischen Druck gelten lassen wollen.

Politische Streiks trotz Illegalisierung

Kann vor diesen Hintergründen ein von Gewerkschaften ausgerufener politischer (General-)Streik, der sich für die Erhaltung der Lebensgrundlagen der Menschheit einsetzt, verfassungswidrig sein? Es scheint mir plausibel, dass er es nicht ist. Vielleicht könnten sich die Rechtsabteilungen des DGB und der Gewerkschaften mal darüber unterhalten – und es hilft sicher bei der Entscheidungsfindung, wenn sie ein paar engagierte Jugendliche zu der Diskussion einladen.

Zur Frage politischer Streiks gehört aber auch, dass die juristische Argumentation – vor allem hinsichtlich eines Generalstreiks – nicht unbedingt die entscheidende ist. Denn was würde passieren, wenn der DGB

und seine Gewerkschaften auf den ganzen Rechtskram pfeifen und einfach zum Generalstreik aufrufen würden? Und wenn die Mitgliedschaft mitziehen würde?

Die Antwort sollte die Erfahrungen der letzten etwa 100 Jahre berücksichtigen, gerade weil dieser Fall so selten ist. Trotz der gerichtlichen Illegalisierung gab es in der Bundesrepublik immer wieder politische Streiks zu verschiedenen Themen – beispielsweise 1968, 1972, 1996 und 2007 –, die nicht bestraft wurden. Nötig ist dafür immer die Bereitschaft der Arbeitenden, gesellschaftliche Relevanz und eine soziale Mobilisierung.

Für einen politischen Generalstreik gelten dabei ganz besondere Spielregeln, denn ein solcher wirkt vom Charakter her rechtsetzend. Er ist die einzige Gewalt im bürgerlichen Zeitalter, die neben dem Staat aus sich selbst heraus legitim ist. Walter Benjamin schreibt in seinem rechtsphilosophischen Aufsatz »Kritik der Gewalt« von 1921 wörtlich: »Die organisierte Arbeiterschaft ist neben den Staaten heute wohl das einzige Rechtssubjekt, dem ein Recht auf Gewalt zusteht.« Mit »Gewalt« ist bei Benjamin nicht eine Barrikade, sondern legitime Machtausübung gemeint – durch den Streik.

Dies ergänzend lässt sich vielleicht formulieren: Ein Generalstreik, der ausgerufen und befolgt wird, demonstriert durch sich selbst seine demokratische Legitimität. Er ist an sich der Beweis, dass der Staat gegen die Interessen »seiner« Bevölkerung handelt – der oben angeführte Art. 20 (4) (Recht auf Widerstand) ist eine Art bürgerlicher Zerrspiegel dieser Auffassung.

Legal? Illegal? War nicht von Bedeutung

Massenstreiks beendeten den Ersten Weltkrieg, ein Generalstreik im März 1920 rettete die Weimarer Republik vor einem rechten Putsch und ein weiterer zwang im Herbst 1948 Ludwig Erhard zu einer zumindest »sozialen« Marktwirtschaft. Legal? Illegal? War nicht von Bedeutung.

Insbesondere der Streik am 12. November 1948 kann als Anschauung dienen, denn es waren bereits

ähnliche Akteure wie heute beteiligt: der DGB und das spätere Spitzenpersonal der BRD (insbesondere Ludwig Erhard), hinzu kamen nur die Besatzungsmächte. Zwar musste die DGB-Spitze 1948 von ihrer Basis dazu gedrängt werden, doch spätestens am 2. November 1948 war beschlossene Sache, dass es einen Generalstreik geben würde. Sämtliche Entscheidungsträger gingen nach diesem klaren Beschluss auf die Gewerkschaften zu: Die Besatzungsmächte äußerten keine Einwände und sogar Ludwig Erhard und Co. erklärten Übereinstimmung mit vielen gewerkschaftlichen Zielen. Was hätten sie auch tun sollen? Bei 4,5 Millionen DGB-Mitgliedern streikten schließlich am 12. November neun von den insgesamt 12 Millionen Erwerbstätigen. Der Streik führte zu einer Neukonfiguration der Wirtschafts- und Sozialpolitik der im Entstehen begriffenen Bundesrepublik.

Und heute? In einer Umfrage von Zeit Campus und dem Meinungsforschungsinstitut Ipsos stimmte im August 2019 knapp die Hälfte der 18 bis 30-jährigen Befragten Greta Thunbergs Aussage zu, derzufolge unser Haus in Flammen steht. Die einschlägigen Wissenschaften sind sich sogar komplett einig und Teile der Jugend seit Monaten auf der Straße. Dennoch wird eine Julia Klöckner vermutlich selbst dann noch Konzernlobbyarbeit betreiben, wenn der Nordseestrand an ihrem Ministerium angelangt ist. Was also bleiben für Alternativen zum Streik? ●

Uwe Fuhrmann ist Historiker und hätte diese Debatte lieber nachgelesen als selbst geführt. Er hat aber dazu wenig gefunden und es drängt ja die Zeit. Ansonsten schreibt er, zuletzt Bücher über die Entstehung der Sozialen Marktwirtschaft und die Gewerkschafterin Paula Thiede.

Anmerkung:

1) Hier schreibt ein Historiker (ohne juristische Ausbildung), der lieber Jurist*innen bei der Debatte zugehört hätte – eine Debatte, die es aber scheinbar kaum gibt. Dieser Text ist ausdrücklich keine Rechtsberatung – eine Risikoabwägung sollte gemeinsam mit den Kolleg*innen und gegebenenfalls mit der Gewerkschaft getroffen werden.

Zuerst erschienen in ak 651/20.8.2019

ak als Abo oder Geschenk!

Linke Politik: monatlich auf 36 Seiten, übersichtlich im Zeitungsformat. Wir informieren, analysieren und debattieren über und gegen den Kapitalismus. Unsere Spezialität: Hintergründe aufzeigen – Zusammenhänge herstellen!



Prämie A

Aus der bedrückenden Gegenwart schlagen derzeit vor allem die Rechten Kapital. Julia Fritzsche hat sich deshalb auf die Suche nach einer neuen linken Erzählung gemacht. Bei streikenden Pflegekräften, in Stadtnetzwerken beim Slutwalk – überall findet sie Geschichten, die von einem anderen, besseren Leben erzählen.



Prämie B

Auf der Suche nach einem Neustart zieht es die junge Daria aus Polen ins schwedische Malmö. Dort findet sie nur miese Jobs – und beginnt, sich zu wehren. Daria Bogdanska schildert die prekäre Lage einer Generation und ihre Sehnsucht nach Liebe, Gerechtigkeit und einem Zuhause.



Prämie C

akArchiv6. DieCD-ROM mit allen Artikeln 03/88 bis 12/08 sowie Fantomas 1 bis 13.

Weitere Abopremien unter www.akweb.de/service.

Ausfüllen, ausschneiden, einsenden! analyse & kritik, Rombergstraße 10, 20255 Hamburg. Oder faxen: (0 40) 401 701 75, Online-Bestellformular: www.akweb.de

Ja, ich will 4 Mal **ak** für € 10,00.
Das Probeabo wird zum Jahresabo, wenn es nicht nach Erhalt der dritten Ausgabe gekündigt wird. Probeabo ohne Verlängerung:

Ja, ich will **ak** im Abo beziehen.

Ein Jahresabo umfasst derzeit elf ak-Ausgaben.

Zahlungsweise:	halbjährlich	jährlich
Normalabo Inland	€ 28,00	€ 55,00
Förderabo*	€ 20,00	€ 38,00
Sozialabo**	€ 5,00	€ 10,00
Zuschläge	€ 8,00	€ 15,00
weltweit (Luftpost)		

* Bitte einen freiwilligen Förderbetrag über dem Preis des Normalabos eintragen
** Das Sozialabo ist für Menschen mit geringem Einkommen, ohne Werbeprämie

AuftraggeberIn:

VOR- UND NACHNAME _____
 STRASSE, HAUSNUMMER _____
 PLZ _____ ORT _____
 LAND _____
 E-MAIL _____

Ja, ich will **ak** verschenken.

Ich möchte eine andere Lieferadresse angeben.
ak soll gesendet werden an:

VOR- UND NACHNAME _____
 STRASSE, HAUSNUMMER _____
 PLZ _____ ORT _____
 LAND _____

Das Abonnement ist auf den angegebenen Zeitraum bzw. auf mindestens ein Jahr begrenzt.

Ich möchte die geschäftliche Kommunikation mit dem ak-Verlag über E-Mail abwickeln.

Ich freue mich, wenn ak mich zu Veranstaltungen u.ä. einlädt.

Werbeprämien im September 2019:

Ich habe ak für ein Jahr abonniert bzw. ein Jahresabo verschickt. Schickt mir bitte die angekreuzte Prämie. Das Angebot gilt nicht für das Sozialabo.

Prämie A **Prämie B** **Prämie C**

Zahlungsweise

Ich fülle die Einzugsermächtigung aus und lasse das Geld abbuchen.

Hiermit ermächtige ich a.k.i., Verlag für analyse, kritik und information GmbH, Hamburg, den von mir zu entrichtenden Preis für diese Bestellung zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

KONTINHABER(IN) _____
 IBAN _____
 BIC _____
 GELDINSTITUT _____

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung per Überweisung auf das Konto aki, Verlag für analyse, kritik und information GmbH, GLS Bank, IBAN DE12 4306 0967 2038 5462 00 BIC: GENODEM1GLS

Die Mindestlaufzeit eines Abonnements beträgt ein Jahr. Bis spätestens drei Wochen vor dem Ablauf des Bezugsraumes ist es schriftlich kündbar. Ich weiß, dass ich diese Bestellung binnen 14 Tagen (Poststempel) bei analyse & kritik widerrufen kann.

ORT, DATUM _____
 UNTERSCHRIFT _____

ON IMPOSS
SSION IM
BLE EVILS
IMPOSSIBL